

POLITIK & UNTERRICHT



Praxis des Widerstands 1933 bis 1945

Formen widerständigen Handelns
in Südwestdeutschland

»Politik und Unterricht« wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) herausgegeben.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Chefredakteur: Robby Geyer
robbi.geyer@lpb.bwl.de

Redaktionsassistent: Sylvia Rösch
sylvia.roesch@lpb.bwl.de

Anschrift der Redaktion

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon: 0711-164099-45; Fax: 0711-164099-77

Redaktion

Anja Binder, Studienrätin am Evangelischen Firstwaldgymnasium, Kusterdingen
Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin, Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule für Elektrotechnik), Stuttgart
Dipl.-Päd. Martin Mai, Wilhelm-Lorenz-Realschule, Ettlingen
Dipl.-Päd. Holger Meeh, Akademischer Rat, Pädagogische Hochschule, Heidelberg
Dr. Wibke Renner-Kasper, Konrektorin der Schule am Stromberg, Gemeinschaftsschule Illingen-Maulbronn
Angelika Schober-Penz, Oberstudienrätin, Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule), Kornwestheim
Inga Schlenker, Studienrätin am Schickhardt-Gymnasium, Herrenberg

Gestaltung Titel

VH-7 Medienküche GmbH, Stuttgart

Design Inhalt und Didaktik

Christoph Lang, Rottenburg am Neckar
www.8421medien.de

Verlag

Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1,
78050 Villingen-Schwenningen

Marketing, Anzeigen

Leitung: Rita Riedmüller, Telefon: 07721-8987-44
werbung@neckar-verlag.de
Verkauf: Alexandra Beha, Telefon: 07721-8987-42
anzeigen@neckar-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 01.01.2019

Druck

PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstraße 39, 71272 Renningen

Politik & Unterricht erscheint vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: 3,50 EUR

Jahresbezugspreis: 14,00 EUR

Abbestellung zum Jahresende schriftlich.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht ungedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern nur mit Genehmigung der Redaktion.

Titelfotos: Hildegard Spieth (© Privatbesitz/Reproduktion Gedenkstätte Deutscher Widerstand); Frieda Straub (Privatbesitz Annerose Gulde); Hans Gasparitsch (© Stadtarchiv Stuttgart FM 64/1); Helle Hirsch (© Robert D. Farber University Archive & Special Collections Department, Brandeis University); Familie Horber (KZ-Gedenkstätte Neckarelz); Georg Reinbold (LMZ Baden-Württemberg)
Auflage dieses Heftes: 20.000 Exemplare
Redaktionsschluss: 3. Mai 2019

ISSN 0344-3531



Das komplette Heft finden Sie zum Download als pdf-Datei unter:
www.politikundunterricht.de/1_2019/widerstand.htm



»Politik & Unterricht« wird um digitale Angebote erweitert. Zu jedem Heft stehen Arbeitsmaterialien online zur Nutzung in Kombination mit Beamer, interaktivem Whiteboard, PC oder Tablet zur Verfügung. Über den QR-Code oder die Internetadresse ist der direkte Zugang zu den Materialien möglich.



Politik & Unterricht wird auf umweltfreundlichem Papier mit Zellstoff aus nachhaltiger Forstwirtschaft und Recyclingfasern gedruckt.

Hinweis

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von Websites, auf die in diesem Heft verwiesen oder verlinkt wird.

POLITIK & UNTERRICHT

Thema im Folgeheft
Medien

Editorial

Das Erinnern und Gedenken an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus gehört zu den wesentlichen Elementen der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Im Mittelpunkt stehen dabei Beispiele des Widerstandes wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der „20. Juli“, die Geschwister Hans und Sophie Scholl und die „Weiße Rose“ oder Georg Elser und sein Attentat von 1939.

Im Sinne einer modernen und vielfältigen Erinnerungskultur ist es allerdings auch angezeigt, den Blick zu weiten, um auch andere Aktionen sowie regionale Beispiele angemessen zu würdigen. Daher widmen sich die Autorin und der Autor dieses Heftes regionalen Beispielen aus dem heutigen Baden-Württemberg: Frida Straub und andere Frauen aus Geislingen, die gegen die Schließung eines katholischen Kindergartens demonstrierten, Hans Gasparitsch und die „Gruppe G“, die mit Parolen gegen die Nationalsozialisten und den Krieg protestierten, eine Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter, die im Raum Mannheim eine illegale Zeitung herstellten und verbreiteten, oder Julius von Jan, der gegen die Pogromnacht predigte.

Am Beispiel des Widerstandes vom 20. Juli fragte der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck im Jahr 2014, „welche Brückenschläge ins Heute überhaupt möglich sind, um auch junge Leute für die mutigen Männer und Frauen des 20. Juli zu interessieren, obwohl sie ja selbst nie Diktatur kennenlernen mussten“. Diese Frage lässt sich auch auf die anderen Formen des widerständigen Handelns während der nationalsozialistischen Diktatur ausweiten.

Das aktuelle Heft der Zeitschrift „Politik & Unterricht“ versucht einen solchen Brückenschlag und bietet einen

Inhalt

Editorial

Autorin und Autor dieses Heftes

Unterrichtsvorschläge

- 2 Einleitung
- 4 Unterrichtspraktische Hinweise
- 6 Übersicht zu den Personen und Beispielen für widerständiges Handeln

Texte und Materialien

- 8 Arbeitsblätter zum Thema Widerstand
- 10 Materialien zu den Personen und ihren Aktionen
- 42 Arbeitsblätter zu den Themen Widerstand, „Volksgemeinschaft“ und widerständiges Handeln

Zugang an, sich anhand von 16 Beispielen mit verschiedenen Formen des widerständigen Handelns während des Nationalsozialismus zu beschäftigen. Die Männer, Frauen oder Jugendlichen, deren Leben und Aktionen in diesem Heft dargestellt werden, waren in unterschiedlichen Regionen Baden-Württembergs aktiv. Sie unterscheiden sich teilweise hinsichtlich ihres sozialen Hintergrunds, aber auch in Bezug auf ihre Motivation. Denjenigen, die regelmäßig mit den Materialien der Zeitschrift „Politik & Unterricht“ arbeiten, wird auffallen, dass wir die Einteilung des Hefts dieses Mal etwas anders gestaltet haben. Die Texte und Quellen zu den 16 Personen werden so präsentiert, dass sie im Unterricht hinsichtlich der Sozialform und der Methode flexibel eingesetzt werden können. Mit Hilfe der weiteren Materialien können der Widerstandsbegriff und Formen des widerständigen Handelns reflektiert werden. Außerdem ermöglichen sie eine Einordnung in den historischen Kontext sowie eine Bezugnahme zur Gegenwart.

Autorin und Autor dieses Heftes

Dieter Grupp unterrichtet Geschichte, Deutsch und Englisch am Gymnasium Ebingen in Albstadt, ist Fachberater für Geschichte und Landeskundebeauftragter beim RP Tübingen sowie Fachredakteur Geschichte beim Landesbildungsserver Baden-Württemberg.

Dr. Ines Mayer unterrichtet Geschichte, Gemeinschaftskunde und Deutsch an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Balingen. Sie ist Pressereferentin ihrer Schule und Landeskundebeauftragte beim RP Tübingen.

Dieter Grupp und **Ines Mayer** sind Vorsitzende des Vereins Gedenkstätten KZ Bisingen.

www.politikundunterricht.de/1_2019/widerstand.htm



Lothar Frick
Direktor der LpB



Robby Geyer
Chefredakteur

Praxis des Widerstands 1933 bis 1945

Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland

Einleitung

■ Praxis des Widerstands in der NS-Diktatur

Der Widerstand gegen Hitler war vielfältig: in seinen Formen, in seiner Motivation, in seinen Protagonistinnen und Protagonisten sowie in seiner praktischen Durchführung. Auch wenn die tatsächlich Widerständigen in der gesamten Bevölkerung nur einen äußerst geringen Bruchteil ausmachten, weitet sich das Feld, wenn man jenseits von Georg Elser, Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder den Geschwistern Hans und Sophie Scholl nach Akteuren sucht – und dies allein im Südwesten.

Diese Veröffentlichung stellt weniger bekannte Trägerinnen und Träger des Widerstands und die vielfältigen Formen von Resistenz gegen das NS-Regime vor und orientiert sich dabei inhaltlich an dem einschlägigen Sammelband „Mut bewiesen“ der Landeszentrale für politische Bildung (vgl. Borgstedt/Thelen/Weber 2017). Der Hauptgrund hierfür ist, dass es zu den genannten Widerständlerinnen und Widerständlern bereits eine große Anzahl an didaktischen Veröffentlichungen gibt. Bei den Literaturangaben und Internethinweisen in diesem Heft wird auf eine kleine Auswahl dieser gedruckten bzw. online veröffentlichten Publikationen verwiesen.

Literaturhinweise

Borgstedt, Angela/Thelen, Sibylle/Weber, Reinhold (Hrsg.) (2017): Mut bewiesen. Widerstandsbioographien aus dem Südwesten, Stuttgart: Kohlhammer.

Herbert, Ulrich (2018): Das Dritte Reich. Geschichte einer Diktatur, München: Beck.

Klütze, Anja-Isabelle (2012): Kollektiv-solidarische Zivilcourage: Judenretter im Nationalsozialismus. Erprobung eines Konzepts in der Widerstandsforschung, Marburg: Tectum.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Reihe MATERIALIEN (online unter www.lpb-bw.de/bausteine.html); u.a. Hefte zur Machtübernahme in Baden 1933, zum Mössinger Generalstreik oder zu Georg Elser.

Eugen Bolz (1881–1945) – württembergischer Staatspräsident und Widerstandskämpfer von Dr. Michael Hoffmann und Andreas Schaaf
www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/europa_in_der_zwischenkriegszeit/das-scheitern-der-weimarer-republik/eugen-bolz-1881-1945-wuerttembergischer-staatspraesident-und-widerstandskaempfer/index.html

Der „Mössinger Generalstreik“ – Warum ein schwäbisches Dorf gegen Hitler streikt von Dieter Grupp
www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/europa_in_der_zwischenkriegszeit/das-scheitern-der-weimarer-republik/moessinger-generalstreik/index.html

Gedenkstättenportal der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Das Gedenkstättenportal bietet umfangreiche Informationen zur Erinnerungskultur und der Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg und beinhaltet Hinweise zu aktuellen Projekten, Materialien und Veranstaltungen.

www.gedenkstaetten-bw.de

Internethinweise

Der Weg in den Widerstand: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und das Attentat vom 20. Juli 1944 von Dr. Ines Mayer
www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/nationalsozialismus_und_zweiter_weltkrieg/widerstand/stauffenberg

■ Widerstand im Nationalsozialismus

Meistens werden Veröffentlichungen zum Widerstand im Nationalsozialismus nach dem motivationalen Hintergrund der Beteiligten geordnet. Ob christlich-religiös motiviert, Arbeiterwiderstand oder bürgerlich-konservativer Widerstand – es sind meist die Antriebskräfte, die als Ordnungskriterium dienen. Zur Erklärung, wie und warum jemand in Opposition zum NS-Regime stand, ist dieser Aspekt unbestritten wichtig.

In diesem Heft soll es aber um die widerständige Handlung selbst gehen. Sie dient erstens als Einstieg in die unterrichtliche Behandlung des Themas. Zweitens sind die Texte und Materialien zu den einzelnen Protagonistinnen und Protagonisten entsprechend ausgerichtet. Und drittens stellt die konkrete Handlung eine Art Spiegel für das Regime dar: Was wurde von diesem als widerständig aufgefasst? Und daraus folgend: Gegen welche widerständigen Aktionen wurde vorgegangen?

Wie zu zeigen sein wird, kann widerständiges Handeln eine Wahlenthaltung sein, ebenso wie eine Predigt oder das überzeugte Festhalten am eigenen Glauben. Widerstand kann Barmherzigkeit gegenüber Opfern des Regimes sein, die Veröffentlichung oppositioneller Druckerzeugnisse oder die Planung bzw. Durchführung eines Attentats. Entscheidend ist bei allen Beispielen des widerständigen Handelns nicht der Erfolg der einzelnen Aktion, sondern die Distanzierung vom diktatorischen Regime.

Um die einzelnen Aktionen verstehen zu können, muss man sich auch mit den Prägungen, der Sozialisation und der Motivation der einzelnen Handelnden auseinandersetzen. Interessant wird es auch sein, ob die Dargestellten allein oder innerhalb einer Gruppe (und welcher) gehandelt haben, welche Konsequenzen aus ihrem Handeln für sie selbst und für andere erwachsen und wie sie, sofern sie das NS-Regime überlebt haben, nach 1945 weitergelebt haben.

Anhand der vergleichenden Darstellung können Umstände herausgearbeitet werden, welche die Widerständigkeit förderten oder auch hemmten. Dabei spielt es natürlich eine entscheidende Rolle, zu welchem Zeitpunkt zwischen 1933 und 1945 die jeweiligen Personen auf welche Weise gehandelt haben. Deshalb ist die zeitliche Einordnung bzw. die Kontextualisierung in die Geschichte des Nationalsozialismus von größter Bedeutung. Aber egal, wie vielfältig der Widerstand auch war – es ist unbedingt festzuhalten: Angesichts der überwältigenden Zustimmung war es nur eine verschwindend kleine Anzahl von Menschen, die die Kraft aufbrachten, widerständig zu handeln.

■ Widerstand heute

Zwangsläufig erfolgt die rückblickende Auseinandersetzung mit dem Widerstand im Nationalsozialismus und dessen Bewertung auch unter dem Eindruck heutiger Erfahrungen. Daher ist die Einordnung in den historischen Kontext einer Diktatur besonders wichtig. Vergleiche zwischen damals und heute sind meist irreführend. Mutiges oder non-konformes Handeln in einem totalitären System lässt sich nicht mit einem solchen Handeln in einer Demokratie vergleichen, in der die Rechtsstaatlichkeit und die Grund- und Menschenrechte nicht außer Kraft gesetzt sind.

Um den Unterschied zu verdeutlichen, wird heutzutage der Begriff „Zivilcourage“ verwendet. Damit wird ein Handeln charakterisiert, bei dem sich Menschen unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile für andere einsetzen, wenn die persönliche Integrität, gesellschaftliche Grundprinzipien oder ethische Werte verletzt werden bzw. auf dem Spiel stehen. Auch Beispiele für wehr- und standhaftes Handeln in solchen Situationen kann als Zivilcourage bezeichnet werden (vgl. Klützke 2012: 27-29).

Auch wenn der Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht mit heutigen Formen der Zivilcourage gleichgesetzt werden darf, so kann doch die Auseinandersetzung mit den Protagonistinnen und Protagonisten des Widerstands im Zeitraum von 1933 bis 1945 sensibilisieren für die Fragilität demokratischer Werte und ein Entstehen dafür befördern.



Arbeitsaufträge für die Bearbeitung der Biographien

1. Lest euch die Biographie durch und analysiert die dazugehörigen Quellen und Materialien.
2. Arbeitet folgende Aspekte heraus und haltet eure Antworten schriftlich fest:
 - die widerständige Handlung
 - gesellschaftliche Rolle / Position vor 1933
 - Prägung und soziale Herkunft
 - Motivation für die widerständige Handlung
 - Entwicklung hin zum/-r Gegner/-in des NS-Regimes bzw. von Beginn an in Opposition zum NS-Regime
 - Gründe für die widerständige Handlung
 - Folgen für die Protagonistinnen bzw. Protagonisten
 - Leben nach 1945
3. Diskutiert, ob die Aktion eurer Meinung nach heutzutage strafbar wäre.



Arbeitsaufträge für die Auswertung

1. a) Ordnet die dargestellten Handlungen und Personen:
Wer steht wem nahe (z. B. anhand der Aktion, der sozialen Herkunft, der Motivation oder der Folgen der widerständigen Handlung)?
b) Begründet eure Auswahl mit übergeordneten Kriterien.
2. Wählt aus, welche Handlung euch als besonders erinnerungswürdig erscheint.
Begründet eure Auswahl.
3. Vergleicht den Widerstand der dargestellten Akteurinnen und Akteure mit dem von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Georg Elser und den Geschwistern Hans und Sophie Scholl.
Diskutiert, welches die Gründe dafür sind, dass an manche Personen aus dem Widerstand eher erinnert wird als an andere.

Übersicht

	Seiten	Protagonisten/ -innen	Zeitpunkt und Aktionsform	Motivation und sozialer Hintergrund	Lernniveau/ Komplexität
P1	10–11	Jakob Stotz	31. Januar 1933 / einen Demonstrationzug anführen	politisch (kommunistisch) / ländliche Arbeiterschaft	● ●
P2	12–13	Georg Reinbold	ab Frühjahr 1933 / verbotene Schriften über die Grenze schmuggeln	politisch (sozial- demokratisch) / Parteifunktionär	● ●
P3	14–15	Ludwig Peter Walz	ab 1934 wöchentlich / jüdische Mitbürger unterstützen	religiös (pietistisch) / Bürgertum	●
P4	16–17	Hans Gasparitsch	15. März 1935 / eine Antikriegsparole auf eine Statue malen	politisch (kommunistisch) / städtische Arbeiterschaft	●
P5	18–19	Artur Ditschkowski	ab 1936 / an Flugblatt- aktionen beteiligen und Kriegsdienst verweigern	religiös (Zeugen Jehovas) / Bürgertum	● ●
P6	20–21	Helle Hirsch	Dezember 1936 / einen Sprengstoffanschlag planen	politisch (bündische Jugend) / (jüdisches) Bürgertum	● ● ●
P7	22–23	Joannes Baptista Sproll	10. April 1938 / die Teilnahme an einer Abstimmung verweigern	religiös (katholisch) / Kleriker	● ● ●
P8	24–25	Julius von Jan	16. November 1938 / gegen die Pogromnacht predigen	religiös (evangelisch) / Pfarrer	●
P9	26–27	Heinrich Herrmann	August 1940 / Deportationen zu verhindern versuchen	religiös-humanistisch / Theologe	● ● ●
P10	28–29	Georg Lechleiter	ab September 1941 / eine illegale Zeitschrift her- ausgeben	politisch (kommunistisch) / Parteifunktionär	● ● ●
P11	30–31	Frida Straub, Geislinger Weiber	Dezember 1941 / den NS-Kindergarten boykottieren	religiös (katholisch), konservativ / bäuerlich-kleinbürgerlich	● ●
P12	32–33	Luise Meier/ Josef Höfler	Mai 1943 bis Mai 1944 / Fluchthilfe in die Schweiz leisten	humanistisch, politisch (sozialdemokratisch) / Bürgertum/Arbeiterschaft	● ●
P13	34–35	Familie Horber	April 1944 bis April 1945 / KZ-Häftlingen helfen	humanistisch / kleinstädtisches Bürgertum	● ●
P14	36–37	Willi Bleicher	Sommer 1944 / ein Kind im KZ Buchenwald retten	politisch (kommunistisch) / städtische Arbeiterschaft	● ●
P15	38–39	Hildegard Spieth	10. bis 21. April 1945 / ein jüdisches Ehepaar verstecken	religiös (evangelisch) / kleinstädtisches Bürgertum	●
P16	40–41	Pfullinger Weiber	20. bis 22. April 1945 / den Endkampf verweigern	humanistisch / kleinstädtisches Bürgertum	●

● grundlegendes Lernniveau ●● mittleres Lernniveau ●●● erweitertes Lernniveau

Praxis des Widerstands 1933 bis 1945

Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland

Texte und Materialien für Schülerinnen und Schüler
1 – 2019

- AB1 Was ist Widerstand?
- AB2 Widerstand heute?
- P1 – P16 Beispiele für widerständiges Handeln in Südwestdeutschland
- AB3 Widerstand und „Volksgemeinschaft“
- AB4 Die Deutschen und Hitler (nur online)
- AB5 Widerständiges Handeln heute?
- AB6 Mindmap Widerstand

AB1 Was ist Widerstand?



Lies dir die Beispiele 1 bis 16 durch und überlege, welche der folgenden Aktionen für dich eine Widerstandshandlung darstellen. Markiere anschließend in zwei unterschiedlichen Farben die Aktionen für die Zeit zwischen 1933 und 1945 sowie die heutigen Aktionen. Kreise diejenigen Beispiele ein, bei denen du dir unsicher bist.

1 eine Demonstration anführen

2 politische Schriften über die Grenze schmuggeln

3 Juden mit Lebensmitteln versorgen

4 eine Parole auf eine Statue schreiben

5 den Kriegsdienst verweigern

6 einen Sprengstoffanschlag planen

7 die Teilnahme an einer Wahl verweigern

8 gegen die Pogromnacht predigen

9 eine Unterschrift verweigern

10 eine politische Zeitschrift herausbringen

11 einen Kindergarten boykottieren

12 Juden über die Schweizer Grenze bringen

13 KZ-Häftlingen helfen

14 ein Kind im KZ verstecken

15 untergetauchte Juden verstecken

16 den Endkampf verweigern

AB1 Arbeitsanregungen

- Diskutiert eure Arbeitsergebnisse in der Klasse.
- Überlegt, inwiefern der historisch-politische Kontext wichtig für eure Entscheidung war.

Widerstand heute

AB2



1. Lies Artikel 20 des Grundgesetzes und informiere dich über das dort verankerte Widerstandsrecht.
2. Erkläre mit Hilfe des Auszugs aus einer Rede von Norbert Lammert, inwiefern das Widerstandsrecht im Grundgesetz auf den Widerstand gegen das NS-Regime zurückgeht.
3. Beschreibe konkrete Situationen, in denen heute vom Widerstandsrecht Gebrauch gemacht werden kann. Orientiere dich dabei an den Kriterien für legitimen Widerstand. Tausche dich anschließend mit deinen Mitschülerinnen und Mitschülern zu den Beispielen aus.



Artikel 20 des Grundgesetzes

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Quelle: www.bundestag.de/grundgesetz

Norbert Lammert zum Recht auf Widerstand

Auszug aus einer Rede des ehemaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, in der er anlässlich des 60. Jahrestages den Widerstand vom 20. Juli 1944 würdigt.

„Die Auflehnung gegen staatliches Unrecht hat in einer auch international beispiellosen Weise ihren Niederschlag im Grundgesetz gefunden. Im zeitlichen Kontext der Debatte um die sogenannten Notstandsgesetze [1969] und der damit verbundenen Besorgnis erneuter staatlicher Bedrohung unentziehbarer Grundrechte ist im Art. 20, Abs. 4, nun das Recht auf Widerstand verankert (...).

Man mag darüber streiten, ob sich ein Recht auf Widerstand überhaupt kodifizieren lässt. Dass unsere Verfassung, solchen Bedenken zum Trotz, ausdrücklich ein Recht auf Widerstand in die Verfassung integriert, um diese Verfassung gegen ihre mutwillige Zerstörung zu schützen, zeigt die Nachwirkung des im Scheitern erfolgreichen deutschen Widerstandes.“

Quelle: www.norbert-lammert.de

Was bedeutet Recht auf Widerstand?

Das Widerstandsrecht im engeren Sinn meint ein Abwehrrecht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber einer rechtswidrig ausgeübten Staatsgewalt mit dem Ziel der Wiederherstellung des ursprünglichen Rechts. Es richtet sich auch gegen Einzelne oder Gruppen, wenn

diese die bestehende Verfassung und die darin verankerten Rechte gefährden. Das Widerstandsrecht kann daher auch zum Tragen kommen, wenn die legitime Staatsgewalt unterstützt wird, um die verfassungsmäßige Ordnung aufrechtzuerhalten.

Kriterien für legitimen Widerstand

1. Akt sozialer Notwehr, der sich gegen eine verbrecherische Obrigkeit bzw. einen Unrechtsstaat richtet, der die Grund- und Menschenrechte verletzt oder nicht schützt;
2. Widerstand als letztes Mittel, wenn alle legalen und friedlichen Mittel ausgeschöpft sind;
3. angemessenes Verhältnis zwischen angewandten Mitteln und Zweck des Widerstands (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit);
4. begründete Aussicht auf Erfolg des Widerstands (auch moralischer Erfolg);
5. ausreichend Einsicht und Wissen, um Situationen richtig beurteilen zu können;
6. Widerstand darf nur um des Rechts willen geleistet werden, nicht zur Befriedigung persönlicher Interessen;
7. keine Pflicht zum Widerstand.

Nach: „Widerstandsrecht“ in: Duden Recht A-Z. Fachlexikon für Studium, Ausbildung und Beruf. 3. Aufl. Berlin: Bibliographisches Institut 2015. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (online: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/23253/widerstandsrecht>)

Arbeitsanregungen

AB2

- Diskutiert nach der Bearbeitung der Biographien, welche der dort beschriebenen Handlungen klar

unter das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht fallen und bei welchen dies fraglich ist.

P1 Einen Demonstrationszug anführen Jakob Stotz

Zeitpunkt: 31. Januar 1933

Zur Person:

- ▶ geboren am 28. Dezember 1899 in Mössingen
- ▶ Glaser mit eigenem Handwerksbetrieb
- ▶ Mitglied der KPD
- ▶ Mitorganisator des „Mössinger Generalstreiks“ am 31. Januar 1933
- ▶ zweieinhalbjährige Haftstrafe wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“
- ▶ bis 1945 politische Zurückhaltung
- ▶ nach 1945 kommunalpolitisch und ehrenamtlich aktiv
- ▶ gestorben 1975



Foto: © Stadtarchiv Mössingen

Am 31. Januar 1933 führte Jakob Stotz den Demonstrationszug an, der durch Mössingen, damals ein Dorf mit 4.000 Einwohnern am Fuße der Schwäbischen Alb, zog, um dagegen zu protestieren, dass am Tag zuvor Adolf Hitler in Berlin zum Reichskanzler ernannt worden war. Der Demonstrationszug, der mit 100 Teilnehmenden gestartet war, hatte kurz vor seiner Auflösung an die 800 Teilnehmer und ging in die Geschichte als „Mössinger Generalstreik“ ein.

Jakob Stotz wurde am 28. Dezember 1899 als ältester Sohn eines Metzgermeisters in Mössingen geboren. Dieser war selbst politisch aktiv und saß für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) im Gemeinderat. Seine Mutter war streng pietistisch. Jakob Stotz wuchs in einem politischen und religiösen Elternhaus auf. Nach der Schulzeit absolvierte er eine Lehre als Glaser und kam dabei in Kontakt mit den Ideen der Arbeiterbewegung. Er wurde zunächst Sozialdemokrat, später dann Kommunist. 1920 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Innerhalb der KPD in Mössingen galt er als gemäßigt. Die kommunistischen Mitglieder im Mössinger Gemeinderat kooperierten damals mit Vertretern anderer politischen Richtungen, um in den 1920er-Jahren praktische Verbesserungen vor Ort zu erreichen. Dazu gehörte nicht zuletzt die Turnhalle des Arbeitersportvereins, welche die Kommunisten auch als Veranstaltungs- und Versammlungsort nutzten. 1922 wurde Jakob Stotz zudem Vorsitzender des neu gegründeten Arbeitergesangsvereins „Freiheit“. Daran zeigt sich, dass das kommunistische Milieu nicht nur in der Politik, sondern auch gesellschaftlich aktiv war: beim Sport (Turnen und Radfahren), bei Gesang und Geselligkeit und nicht zuletzt im sogenannten Konsumverein, einem Zusammenschluss, um günstiger an Verbrauchsgüter zu kommen.

Zur Zeit der Machtübernahme stand Jakob Stotz der KPD-Ortsgruppe Mössingen vor und marschierte beim „Mössinger Generalstreik“ am 31. Januar 1933 an der Spitze des Demonstrationszuges. Im Verlaufe der sich ständig ausweitenden Protestbewegung war er wesentlich dafür verantwortlich, dass die Ereignisse an diesem Tag nicht eskalierten. So sorgte er dafür, dass die von innen blockierte Firma Burkhardt nicht von den radikaleren Demonstranten gestürmt wurde. Er riet zur Besonnenheit und als die Reutlinger Polizei eintraf, erklärte er den Demonstrationszug für aufgelöst, sodass sich die Teilnehmer über die benachbarten Felder absetzten.

Am 1. Februar stellte sich Stotz der Polizei auf dem Mössinger Rathaus, wurde umgehend verhaftet und kam bis zu seinem Prozessbeginn im Oktober in Untersuchungshaft. Für seine Beteiligung am Generalstreik in führender Position wurde er hart bestraft. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde er zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er fast zwei Jahre absaß. Auf Betreiben des nationalsozialistischen Bürgermeisters Rühle wurde Stotz nach knapp zwei Jahren aus dem Gefängnis entlassen. Danach hielt er sich politisch zurück.

Als Verfolgter des NS-Regimes und politisch Unbelasteter lag es nahe, dass Jakob Stotz nach dem Ende der NS-Diktatur 1945 wieder politische Funktionen übernahm. Er fungierte zunächst als kommissarischer Bürgermeister und vermittelte zwischen der Besatzungsmacht und der Mössinger Bevölkerung. Später war er von 1946 bis 1948 für die KPD Mitglied des Gemeinderats und stellvertretender Bürgermeister. 1951 kandidierte er ein weiteres Mal für den Gemeinderat und war bis 1955 KPD-Mitglied. Nach dem Verbot der KPD 1956 zog er sich ganz aus der Kommunalpolitik zurück. Er war allerdings auch weiterhin ehrenamtlich aktiv. So war er Vorsitzender der Genossenschaftsbank, Vertrauensmann der Kreisbaugenossenschaft, Schulbeirat und stellvertretender Standesbeamter.

Quelle: Mössinger Generalstreik – virtueller Geschichtsort

Online zugänglich unter <http://moessinger-generalstreik.de/ereignisse/biographien>

Kurz nach der Erhebung Mössingens zur Stadt wurde Jakob Stotz im Jahre 1974 als erstem Mössinger die Bürgermedaille zugesprochen. In der Laudatio anlässlich der Verleihung spielten aber nur seine Leistungen nach 1945 eine Rolle; der Widerstand gegen Hitler blieb unerwähnt. Zehn Jahre nach seinem Tod wurde 1985 ein Gedenkstein für den Verstorbenen gesetzt und der dortige Platz bekam den Namen des Organisations des Generalstreiks.

Q

Quelle: Streikplakat

Mit diesem Flugblatt forderte die württembergische KPD zur Teilnahme an einem Streik gegen Hitler auf. Das Flugblatt gelangte in der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1933 durch einen Fahrradkurier aus Reutlingen nach Mössingen. Am Morgen wurde es vor den örtlichen Fabriken verteilt.

Massenstreik! Hitler Reichskanzler!

Der Reichspräsident Hindenburg, der Präsidentschaftskandidat der SPD., Reichsbanner- und Gewerkschaftsführer, hat seinen „Gegner“ Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Hitler hat eine Regierung der faschistischen Konterrevolution gebildet.

Diese Regierung wird mit allen Mitteln des faschistischen Terrors unter Einflag der SA, Mordkolonnen und des Stahlhelm versuchen, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen und den Weg der offenen faschistischen Diktatur zur Rettung des bankrotten Kapitalismus gehen.

Die Grundlage der Einigung zwischen Nazis, Deutschnationalen und Stahlhelm ist: Ausnahmezustand und Verbot der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen. Der Führer im Freiheitskampf der Werktätigen soll brutal und rücksichtslos zertreten werden.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiterklasse, die Angestellten und Beamten, die Mittelständler, Kleinbauern zur machtvollen Entfaltung der Antifaschistischen Aktion, zum entschlossenen Widerstand. Noch dringender, mahnender, der ganzen ungeheuerlichen Reichweite der kommenden Ereignisse für das weitere Schicksal des deutschen Proletariats bewußt, wiederholen die Kommunistische Partei und die KPD. Ihr schon am 20. Juli vorigen Jahres gemachtes Einheitsfrontangebot an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter und unteren Organisationen, an die parteilosen und kirchlichen Arbeiter zum gemeinsamen und entschlossenen Handeln gegen die faschistische Reaktion und ihre staatsrechtlerischen Pläne. Wir rufen die Belegschaften der Betriebe zum Massenstreik heraus, die gewaltige Offensivkraft der Betriebe zu verbinden mit den Massenkämpfen der millionenfachen Erwerbslosenarmee.

Ihr SPD.-Arbeiter und Klassenossen in den Gewerkschaftsverbänden, ihr unteren Organisationen der SPD. und des ADGB, in den Betrieben, in den Verbänden, in den Arbeitervierteln, in den Stadtteilen und Ortsverwaltungen! Wir sind bereit, Schulter an Schulter im engsten Klassenbündnis mit euch allen den drohenden Schlag des Faschismus durch den kühnen Gegenangriff mit der Waffe des Massenstreiks zu beantworten.

Wir schlagen euch vor: Trete sofort noch vor Arbeitsbeginn oder während der Arbeitszeit in den Betrieben zusammen und wählt eure vorbereitenden Kampfausschüsse. Beschließt den sofortigen Streik, beantwortet alle faschistischen Angriffe unverzüglich mit der Massenkraft eurer proletarischen Kampfbereitschaft.

Es muß verhindert werden, daß ein neuer 20. Juli die Arbeiterklasse ereile. Es muß verhindert werden, daß der Faschismus über eine zerplitterte Arbeiterfront der Ohnmacht der Kapitalisten, der Flucht vor dem Kampfe triumphiere. Das Proletariat ist riesenstark! Die Einheit des Proletariats ist unüberwindlich, wenn sie das Banner des Kampfes erhebt! Darum auf die Posten! Das Proletariat will nicht Schlichter, noch Brüning, noch Papen und Hitler! Es will die Befreiung seiner Klasse, die Arbeiter- und Bauernrepublik, den Sozialismus!

Rüstet zur Einheitskonferenz

der in den Betrieben gewählten Delegierten und Kampfausschüsse Stuttgart., gemeinsam mit den Vertretern der Erwerbslosen, um gemeinsame Kampfschritte zu fassen.

Wählt heute in allen Betrieben, in allen Abteilungen die Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion! Formiert den antifaschistischen Massenstreik!

Ihr millionenstarken Bataillone der Antifaschistischen Aktion heraus zum Massenangriff!

Wählt Kampfausschüsse!

Entfacht Massenaktionen und Streiks gegen die faschistische Konterrevolution!

Vorwärts in einheitlicher Front!

Verteidigt eure Kommunistische Partei!

Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen zum entschlossensten und kühnsten Widerstand!

KPD., Bez. Württemberg.

Verantwortlich: Albert Buchmann, MdB. — Druck: Druckerel-AG., Stuttgart

Abschrift unter:



Quelle: © Landesarchiv Baden-Württemberg; Staatsarchiv Sigmaringen WU 38/3 T 13 L 38/33A

P2 Verbotene Schriften über die Grenze schmuggeln

Georg Reinbold

Zeitraum: 1934 bis 1940

Zur Person

- ▶ geboren am 22. Oktober 1885 in Triberg
- ▶ Ausbildung zum Schlosser
- ▶ Mitglied der SPD
- ▶ später Parteifunktionär und badischer Landesvorsitzender der SPD
- ▶ 1925 bis 1933 Abgeordneter im badischen Landtag
- ▶ 1933 Flucht nach Frankreich und 1934 nach Luxemburg
- ▶ 1941 Auswanderung nach New York
- ▶ gestorben am 24. Mai 1946 in New York



Foto: © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Gleich nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 musste der SPD-Politiker Georg Reinbold ins Ausland fliehen. Von dort organisierte er als „Grenzsekretär“ den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Georg Reinbold wurde am 22. Oktober 1885 in Triberg, einer Gemeinde im Schwarzwald mit damals 3.000 Einwohnern, geboren. Der Ort war stark vom Handwerk sowie der Land- und Forstwirtschaft geprägt, die meisten Einwohner waren politisch konservativ ausgerichtet. Obwohl Georg Reinbold aus kleinen Verhältnissen stammte, war seine spätere sozialdemokratische Karriere keineswegs vorgezeichnet. Sein Vater war von Beruf Holzfäller und arbeitete als Tagelöhner. Reinbold absolvierte nach der Volksschule eine Lehre als Schlosser und ging nach seiner Gesellenprüfung 1904 auf eine mehrjährige Wanderschaft. So kam er auch in die badische SPD-Hochburg Mannheim und bis nach Berlin, wo er in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) eintrat. In Berlin lernte er auch seine spätere Frau kennen, die dort als Dienstmädchen arbeitete.

Wegen seines gewerkschaftlichen und politischen Engagements verlor Georg Reinbold wiederholt seinen Arbeitsplatz und lebte erst ab 1912 in wirtschaftlich gesicherten Verhältnissen, als er Geschäftsführer des SPD-Bezirks Schwarzwald-Bodenseekreis wurde. Von 1915 bis 1918 war Reinbold als Frontsoldat im Ersten Weltkrieg. 1920 gründete er die Zeitung *Volkswille* und stieg in der Partei rasch auf. 1923 wurde er Landesgeschäftsführer und 1924 Landesvorsitzender der SPD in Baden. 1925 zog er in den badischen Landtag ein, zu dessen Vizepräsident er 1931 gewählt wurde.

Nach der Machtübernahme war sich Georg Reinbold als SPD-Funktionär seiner Gefährdung bewusst. Er tauchte unter und floh nach Straßburg; auch seiner Frau gelang die Flucht. Unverzüglich begann er von dort aus, den Widerstand gegen die NS-Diktatur zu organisieren.

Die SPD im Exil nannte sich nun SOPADE und beschloss Ende Mai 1933, den Widerstand von den Grenzregionen aus zu organisieren. Die insgesamt zwölf Grenzsekretariate sollten zum einen Aufklärungsschriften nach Deutschland schmuggeln und zum anderen Stimmungsberichte aus dem Deutschen Reich sammeln. Georg Reinbold wurde Grenzsekretär für den südwestdeutschen Raum und brachte gemeinsam mit anderen von Straßburg aus Hunderttausende Druckerzeugnisse, meist in kleiner Schriftgröße auf dünnem Papier, nach Deutschland.

Vermutlich auf Druck des NS-Regimes wurde Reinbold im Juli 1934 die Aufenthaltserlaubnis für Frankreich entzogen. Er und seine Frau ließen sich in Luxemburg nieder. Bis zum Einmarsch der deutschen Truppen im Mai 1940 war er auch dort als Grenzsekretär aktiv. Bei der erneuten Flucht wurden die Eheleute getrennt und als „feindliche deutsche Ausländer“ inhaftiert: Elise Reinbold im französischen Lager Gurs (nördlich der Pyrenäen), Georg Reinbold in einem Internierungslager in Lothringen, aus dem er fliehen konnte. Über Portugal gelang ihnen im April 1941 per Schiff die Flucht nach New York. Dort lebte das Ehepaar von Spenden sowie Elises Verdienst als Haushaltshilfe. Georg Reinbold blieb auch in New York weiterhin politisch aktiv, vor allem im Kreis emigrierter deutscher Gewerkschafter. Die Strapazen der Exil-Jahre und der Flucht hatten jedoch seine Gesundheit angegriffen. Er starb im Mai 1946. Im Dezember kehrte seine Frau nach Deutschland zurück.



Auszüge aus den Deutschland-Berichten der SOPADE

Die Berichte mit einer Auflage von 500 bis 1.700 Exemplaren wurden in Deutsch, Englisch und Französisch gedruckt und waren für Regierungen und Journalisten aus Westeuropa eine wichtige Quelle über die Situation in Deutschland.

August 1935, Der Terror gegen die Juden, BADEN, 1. Bericht:

„Die Propaganda gegen die jüdischen Geschäfte hat sich in den letzten Tagen [...] ins Unglaubliche gesteigert. Die Nazis haben dabei zu den frechsten Mitteln gegriffen; in vielen Fällen haben sie Kunden jüdischer Geschäfte fotografiert. In der Nacht vor Beginn des Saisonverkaufs haben die Nazis sämtliche jüdischen Geschäfte mit einem Plakat versehen: „Dies ist ein jüdisches Geschäft. Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter.“ Die Plakate wurden in der Früh von den Geschäftsinhabern entfernt, so dass, [...] von den Plakaten nichts mehr zu merken war. Als dann der Ausverkauf begann, waren die jüdischen Geschäfte und Warenhäuser in kurzer Zeit dennoch überfüllt. Gegen Abend versuchten die jüngeren Nazioten ihre Aktionen gegen die Juden wieder, doch die kauflustige Menge ließ sich nicht beirren.“

Quelle: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Zweiter Jahrgang 1935.

September 1935, SÜDWESTDEUTSCHLAND:

„Die allgemeine Situation: Die in allen Kreisen ganz offen geübte Kritik und die tiefe Enttäuschung, die dabei auch bei früheren Nazianhängern zum Ausdruck kommt, verleitet überall zu der [...] Bemerkung: das kann nicht mehr lange so weiter gehen, frühestens im Herbst, spätestens im Winter muss der Zusammenbruch kommen. Über das, was nachkommen soll, besteht keine Klarheit. Aber die meisten Meinungen gehen dahin, es komme zu einer Reichswehrdiktatur und im Anschluss daran zur Wiederaufrichtung der Monarchie.“

November 1938, Nach dem Attentat in Paris:

„Unmittelbar nach dem Tode von Rath begannen in Deutschland die grauenvollsten Pogrome, die das nationalsozialistische Regime bisher inszeniert hat. [...] Die Machthaber haben mit eiserner Stirn behauptet, dass die Brandstiftungen, Plünderungen und Misshandlungen die spontane Rache des Volkes für das Attentat in Paris gewesen sei. Demgegenüber steht fest, dass die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden schon vor Monaten durch die Einführung einer besonderen Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen vorbereitet worden ist. [...]“

November 1938, SÜDWESTDEUTSCHLAND, 1. Bericht (Baden):

„In Mannheim und im ganzen badischen Unterland wurde die Verfolgung der Juden mit unmenschlicher Brutalität durchgeführt. In der Stadt Mannheim drang der Pöbel unter der Führung von SA- und SS-Leuten in die Wohnungen der jüdischen Familien ein, misshandelte die Familienangehörigen, wobei auch Frauen, Kinder und Greise nicht verschont blieben. [...] Auch in den kleineren Städten und Dörfern des ganzen Gebiets waren Juden den gleichen Verfolgungen und Misshandlungen ausgesetzt. [...]“

Auch die Zahl der Verhaftungen unter den Juden war in Mannheim außerordentlich hoch. Die meisten Verhafteten wurden nach Dachau verbracht, aber nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder freigelassen, allerdings unter der Bedingung, dass sie einen Revers unterschrieben, in dem sie sich verpflichteten, innerhalb von vier Wochen das Reichsgebiet zu verlassen. [...]

Obwohl in den Zeitungen wenig über die Einzelheiten dieser Aktionen berichtet wurde, sickerte die Wahrheit allmählich durch und die Bevölkerung erfuhr, dass sich viele Juden das Leben genommen hatten [...] Die Bevölkerung selbst, sowohl Arbeiter als auch bürgerliche Kreise, nahm die Nachrichten von dem Terror gegen die Juden mit Missbilligung und Abscheu auf.“

Quelle: Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940. Fünfter Jahrgang 1938.

P3 Jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützen

Ludwig Peter Walz

Zeitraum: ab 1934

Zur Person

- ▶ geboren am 7. Februar 1898 in Ulm
- ▶ Inhaber eines Bekleidungsgeschäfts
- ▶ Mitglied einer protestantischen Freikirche
- ▶ Freundschaft mit Juden und Besuch von jüdischen Gottesdiensten
- ▶ Unterstützung der jüdischen Gemeinde in Buttenhausen
- ▶ 1939 Einzug zum Militärdienst
- ▶ Geldstrafe wegen Weigerung, Hakenkreuzbinde zu tragen und Führereid zu leisten
- ▶ unfreiwillige Fronteinsätze in Russland und Frankreich
- ▶ 1947 bis 1954 ehrenamtlicher Bürgermeister in Riedlingen
- ▶ gestorben am 24. Juli 1989 in Riedlingen

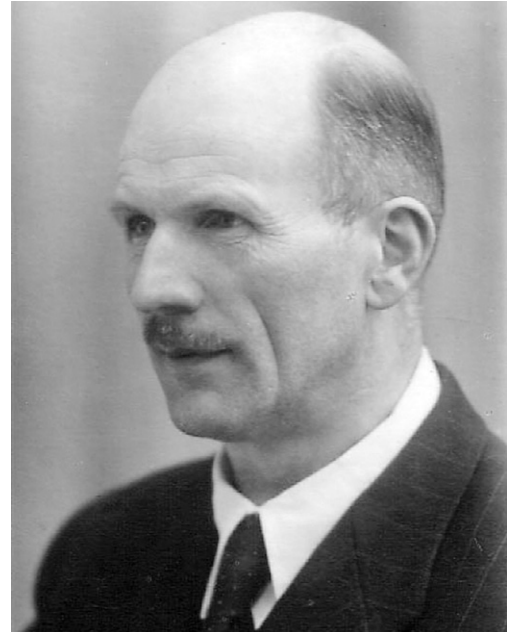


Foto: © Winfried Alftag, Museum Riedlingen

Ludwig Peter Walz fuhr nachts einmal wöchentlich eine 35 Kilometer lange Strecke von Riedlingen an der Donau nach Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb, um die dort lebenden Juden mit Lebensmitteln und später mit Geld zu versorgen. Außerdem verweigerte er den Hitlergruß und das Tragen von nationalsozialistischen Symbolen.

Ludwig Peter Walz wurde am 7. Februar 1898 in Ulm geboren, wo er auch aufwuchs und eine kaufmännische Lehre im so genannten „Judenhof“ begann. Seine Ausbildung beendete er in einem jüdischen Geschäft für Herrenbekleidung in Stuttgart. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs arbeitete er im Bekleidungsgeschäft seines Vaters.

1916 wurde er als Soldat eingezogen und musste im Ersten Weltkrieg kämpfen. 1918 wurde ihm das Eiserne Kreuz II. Klasse verliehen, eine Auszeichnung für besonders tapfere Soldaten. Nach seiner Heirat 1921 zog er von Ulm nach Riedlingen. Dort eröffnete er 1924 mit der finanziellen Unterstützung seines Vaters ein eigenes Geschäft für Herren- und Knabenbekleidung. Von seiner Mutter wurde Walz sehr gläubig in der Tradition der Siebenten-Tags-Adventisten erzogen, einer protestantischen Freikirche: Er hielt sich an die alttestamentarischen Speisevorschriften, aß kein Schweinefleisch und ehrte den Sabbat.

In Riedlingen hatte Ludwig Peter Walz Kontakt zur pietistischen Hahn'schen Gemeinschaft und freundete sich zugleich mit Juden an, deren Gottesdienste in ihrer Gemeinde in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb er besuchte. Zu den jüdischen Familien Berlinger und Kirchheimer entwickelte sich eine enge Freundschaft.

Walz fuhr ab 1934 einmal wöchentlich, normalerweise am Donnerstag, nachts mit dem Motorrad die 35 km lange Strecke von Riedlingen nach Buttenhausen, um die jüdische Gemeinde dort mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Wichtig waren vor allem Fische, weil es diese in den Geschäften für Juden nicht mehr zu kaufen gab. Nach der Pogromnacht 1938 ließ Ludwig Peter Walz den jüdischen Familien von Buttenhausen auch finanzielle Unterstützung zukommen. Walz' Motivation für sein widerständiges Handeln waren die persönlichen Beziehungen zu den jüdischen Familien und sein tiefes Empfinden von christlicher Nächstenliebe.

In Riedlingen verweigerte Walz aus Überzeugung den Hitler-Gruß bei Paraden der Nationalsozialisten und beflaggte sein Geschäft nicht mit der Hakenkreuz-Fahne. Als er 1939 nach Ulm zum Militär eingezogen wurde, weigerte er sich, die Hakenkreuzbinde an der Uniform zu tragen und den Fahneneid auf den „Führer“ Adolf Hitler zu leisten. Obwohl ihm zunächst die Todesstrafe angedroht wurde, erhielt er zu seiner eigenen Überraschung nur eine Geldstrafe und wurde bald schon nach Hause entlassen. So konnte er seine Fahrdienste nach Buttenhausen wieder aufnehmen. Diese nächtlichen Fahrten hielt er auch vor seiner eigenen Familie geheim. In der Spätphase des Zweiten Weltkrieges wurde Walz nochmals eingezogen, leistete Fronteinsätze in Russland und Frankreich und war schließlich im Lazarettendienst in Freudenstadt eingesetzt.

1945 wurde Ludwig Peter Walz zum Gemeinderat und 1947 als Kandidat der CDU mit überwältigender Mehrheit zum ersten ehrenamtliche Nachkriegsbürgermeister in Riedlingen gewählt. Er übte dieses Amt bis 1954 aus. Besonders bemerkenswert an dieser Wahl war, dass er als evangelischer Pietist in einer katholischen Stadt diese hohe Zustimmung bekam.

Sein Geschäft führte er bis 1971, blieb dabei immer bescheiden und hängt seine Taten während der NS-Zeit nicht an die große Glocke. Ludwig Peter Walz starb am 24. Juli 1989. Schon zu Lebzeiten wurde er 1974 als „Gerechter unter den Völkern“ in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem geehrt, nachdem jüdische Überlebende auf seine Unterstützung hingewiesen hatten. Seit 2009 trägt eine Straße in Riedlingen seinen Namen.



Erinnerungen von Ludwig Peter Walz

Über seine religiöse Prägung:

„So war für meine Mutter der Samstag kein Samstag, sondern der Tag des Herrn – Sabbat. Am Freitag vor Sonnenuntergang war Sabbatanfang. In unmittelbarer Nähe der elterlichen Wohnung war ein jüdischer Bäcker und bei ihm holte ich den ‚Berches‘. Am Sabbat gab es aus der Kochkiste Reis oder Grieß. So oft es die Schulverhältnisse erlaubten, ging ich mit ihr in die Sabbatschule.“

[...] Meiner Mutter war auch wichtig, die Speisegesetze zu beachten. Geistige Getränke waren unter der göttlichen Ordnung ausgeschlossen. So enthielt ich mich, bis in mein 26. Lebensjahr, jeglichen Alkohols. Ebenso war das Rauchen ausgeschlossen.“

Über seine Besuche bei der Familie Kirchheimer:

„Ich war sehr oft Gast in der Familie Kirchheimer. Eine Kammer in dem Haus war stets für mich gerichtet. Segensreich waren die Freitagabende in Gemeinschaft mit Familie Kirchheimer. Zum Sabbatausgang reichte der gottesfürchtige Herr Kirchheimer ein Kästchen herum, nachdem er als erster mit freudigen Augen hineingese-

hen und den Geruch der Pflanzen aus dem Heiligen Land eingeatmet hatte. ‚Kraft für die ganze Woche‘, so sprach er, gibt ihm das Sehen und das Riechen der Pflanzen aus dem Heiligen Land.“

Quelle: Christoph Knüppel (2006): „Zur Geschichte der Juden in Riedlingen“ in: BC-Heimatkundliche Blätter für den Kreis Biberach, hrsg. von der Gesellschaft für Heimatpflege (Kunst- und Altertumsverein) in Stadt und Landkreis Biberach e.V., S. 52.

Online unter www.gfh-biberach.de/Hefte/BC-Heimatkundliche-Bl%C3%A4tter-f%C3%BCr-den-Kreis-Biberach/J29H2S38.pdf

P4 Eine Antikriegsparole auf eine Statue schreiben Hans Gasparitsch

Zeitpunkt: 15. März 1935

Zur Person

- ▶ geboren am 30. März 1918 in Stuttgart
- ▶ Arbeiterkind
- ▶ Lehre als Schriftsetzer
- ▶ Verteilung, später auch Herstellung von Flugblättern gegen den Nationalsozialismus
- ▶ ab 1935 bis April 1945 in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert
- ▶ nach 1945 Journalistik- und Hochbautechnik-Studium
- ▶ Engagement in der Anti-AKW- und Friedensbewegung
- ▶ aktiv als Zeitzeuge gegen die Verbrechen der Nationalsozialisten
- ▶ gestorben am 13. April 2002 in Stuttgart

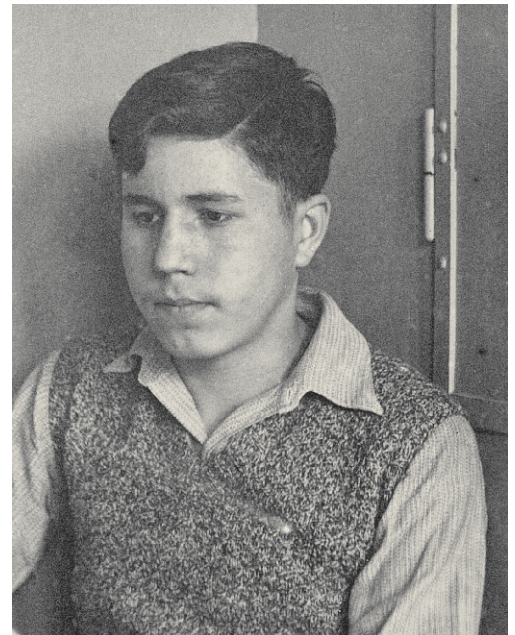


Foto: © Stadtarchiv Stuttgart FM 64/1

Am Abend des 15. März 1935 malte der knapp 17-jährige Hans Gasparitsch zwei Parolen auf den Sockel einer Statue im Stuttgarter Schlossgarten: „Rot Front!“ und „Hitler = Krieg“. Er wurde unmittelbar danach verhaftet und blieb bis zum Ende des Nationalsozialismus in verschiedenen Konzentrationslagern eingesperrt.

Hans Gasparitsch bezeichnete sich selbst als Arbeiterkind. Sein Vater war Schuhmacher, die Mutter Näherin. Er hatte keine Geschwister. Im letzten Kriegsjahr 1918 wurde er in eine Zeit der Not hineingeboren. Während der Inflation 1923 bekam der Vater kaum noch Aufträge. Die Mutter hielt die Familie mit ihrer Arbeit in einer Trikotagen-Fabrik über Wasser. Trotz der schwierigen Lage bemühte sich die Familie Gasparitsch, wie andere Arbeiterfamilien auch, um Bildung und ein kulturelles Leben, was in eigenen Arbeitervereinen praktiziert wurde. Für den jungen Hans waren dies Möglichkeiten, der häuslichen Enge zu entfliehen.

Er erlebte in seinem Stuttgarter Arbeiterviertel eine starke Politisierung durch Kommunisten und Sozialdemokraten und eine große Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft. An den Wochenenden ging es regelmäßig mit den Naturfreunden zum Wandern. Dieses Miteinander war für Hans Gasparitsch und sein weiteres Leben prägend. Großen Einfluss hatte auch der Vater als Vorbild. Er las viel und kaufte viele Bücher von modernen und fortschrittlichen Schriftstellern. Außerdem prägte der Vater, der als Frontsoldat zum Kriegshasser wurde, die Haltung seines Sohnes gegen den Krieg.

Als Hans Gasparitsch 14 Jahre alt war, beendete er die Volksschule und begann eine Lehre als Schriftsetzer. Die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 veränderte sein Leben und sein Umfeld schlagartig. Die Arbeitervereine wurden verboten, es kam zu Verhaftungen und Internierungen im KZ Heuberg. Hans und seine Freunde reagierten zunächst mit Nichtanpassung, indem sie der Hitlerjugend fernblieben und ihre sozialistischen Lieder sangen. Die Verfolgungen im Arbeiterviertel bewirkten bei den Jugendlichen jedoch eine Politisierung. Sie nannten sich nun Gruppe „G“, wobei das G für Gemeinschaft stand. Sie wuchsen schrittweise in den Widerstand hinein, schrieben mit Kreide Parolen an Hauswände oder verteilten Flugschriften.

Im März 1935 malte Hans Gasparitsch mit nicht abwischbarer Farbe die Parolen „Rot Front!“ und „Hitler = Krieg“ auf den Sockel der Rossebändiger-Statue im Stuttgarter Schlossgarten. Noch am selben Abend geriet er in eine Polizeisperre. Da er die Farbdose und den Pinsel noch bei sich hatte, war Leugnen zwecklos. Er wurde verhaftet und später zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 1937 kam er jedoch nicht frei, sondern wurde von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in „Schutzhaft“ genommen und bis April 1945 in den Konzentrationslagern Dachau, Flossenbürg und Buchenwald interniert.

Nach dem Krieg musste sich Hans Gasparitsch neu orientieren. Er holte das Abitur nach, studierte Journalistik, später Hochbautechnik und gründete eine Familie. Politisch betätigte er sich weiterhin. So war er bis zu ihrem Verbot in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) tätig, außerdem in der Anti-AKW- und der

Friedensbewegung und in der südwestdeutschen VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus), deren Mitgründer er war. Bis zu seinem Tod war es ihm wichtig, als Zeitzeuge und KZ-Überlebender junge Menschen über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären.



Aus einem Interview mit Hans Gasparitsch vom 18. Januar 1996

**„Was war der Anlass für die Gründung einer Widerstandsgruppe?
Wie war eure Gruppe organisiert und welche Ziele hattet ihr?“**

Die Widerstandsgruppe wurde nicht gegründet. Unsere illegale Jugendgruppe [...] unterscheidet sich fundamental von allen anderen vorhandenen, ausgehobenen, verfolgten und dann verurteilten Jugendgruppen. Das waren in der Regel Leute, die in einer Arbeiterorganisation, in einer Jugendorganisation der Arbeiterparteien groß geworden sind und die parteipolitisch geprägt waren. Da kann man von Gründung sprechen. [...] Bei uns war das nicht so, wir hatten vorher keine politische Arbeit gemacht. Wir wollten einfach wandern, Spiele treiben und singen [...] Bücher haben wir ausgetauscht, und zwar Bücher, die inzwischen verboten waren. Irgendwie sind wir so in die Politisierung und in die Illegalisierung hineingewachsen. Weil wir erlebt haben, wie in unseren Arbeitergegenden Leute verhaftet wurden. Im Februar und März nach dem Reichstagsbrand wurden im ganzen Reich über 10.000 Arbeiter verhaftet. Die wohnten ja bei uns, die kannten wir. Wir haben dann als erste politische Handlung Geld gesammelt zur Unterstützung der hinterlassenen Familien, die Not hatten. [...]

Wir haben dann Kreidekolonnen gebildet, weil wir überall an den Wänden und an Bretterzäunen Losungen gesehen haben, die damals noch von den illegalen Gruppen hingepinselt wurden. Das war natürlich für uns etwas Tolles und wir haben das nachgemacht. Jeder hatte eine Kreide in der Tasche und überall wo wir hinkamen und wo eine freie Wand oder ein Bretterzaun war, haben wir Losungen hingeschrieben. Das war, wie gesagt, alles spontan. [...]

Dann haben wir von unseren erwachsenen Freunden illegale Schriften bekommen, die zum größten Teil aus dem Ausland hereingeschmuggelt wurden. [...] Diese Schriften haben wir verteilt oder vertrieben, für ein paar Groschen. Das waren Schriften von Sozialdemokraten, von Kommunisten, von gewerkschaftlicher Seite. Die haben wir gelesen, haben wir diskutiert. [...]

Dann haben wir gesagt, diese Schriften, die sind für uns Jugendliche, für die Menschen, die wir erreichen wollen, zu hoch. Wir wollen sie warnen, denn für uns war klar, Hitler kann sein Ziel nur mit Krieg erreichen. Wir haben erlebt, dass die übrige Jugend, dass die übergelaufen ist zu Hitler, zur Hitler-Jugend. Weil Hitler sofort begonnen hat, diesen jungen Menschen etwas zu bieten: Heime, Spiele, Uniformen, Reisemöglichkeiten und all die Dinge, die man als Jugendlicher sich erträumt. Er hat sie damit gefangen und an sich gefesselt. [...] Wir wollten sie aufklären und ihnen sagen, dass sie als Kanonenfutter gedrillt werden. Deswegen haben wir beschlossen eigene Flugschriften herzustellen, die in der Sprache der Jugendlichen geschrieben sind. Die wurden in mühseliger Weise nachts von selbst hergestellten Wachsmatrizen auf einem Klapprahmen abgezogen [...] So haben wir in einer Nacht 200 – 300 solcher Flugblätter, hinten und vorne bedruckt, mit unseren Berichten hergestellt. [...] Die haben wir in der Berufsschule und unter Freunden verteilt. [...] Oder haben sie in Briefkästen gesteckt. [...] Aber wie gesagt, es hat sich ganz langsam entwickelt und wir wurden politisiert aus der ganzen Entwicklung der Nazi-Zeit dieser Jahre. [...]

Wir haben dann beschlossen, eine große Malaktion durchzuführen. Nicht nur Kreidekolonnen, sondern dass wir an einer markanten Stelle in Stuttgart, im Zentrum, eine große Losung anbringen mit Malerfarbe, die man nicht abwaschen kann. Einer von uns war Malergeselle, der hat Farbe beschafft, die man nicht abwischen kann. Und ich bin ausersehen worden als Malkünstler.“

Quelle: Zeitzeugengespräch mit Hans Gasparitsch – Wider das Vergessen in: Christoph Leclaire / Ulrich Schneider (Hrsg.) (2018): Hans Gasparitsch. Widerstandskämpfer und ehemaliger Häftling der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald.

Dokumentation zum 100. Geburtstag, herausgegeben von der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora / Freundeskreis e.V., Bochum, S. 15-41.

P5 Sich an Flugblattaktionen beteiligen und den Kriegsdienst verweigern

Arthur Ditschkowski

Zeitpunkt: ab 1936

Zur Person

- ▮ geboren am 30. März 1899 in Bromberg
- ▮ Arbeit als Heilpraktiker mit eigener Praxis in Pforzheim
- ▮ nach 1933 weiterhin Engagement bei den Zeugen Jehovas
- ▮ zwischen 1937 und 1939 in Haft
- ▮ 1943 wegen Kriegsdienstverweigerung zum Tode verurteilt
- ▮ Freilassung im März 1944 und Einsatz an der Ostfront
- ▮ Gemeindeglied bei den Zeugen Jehovas
- ▮ gestorben am 19. Mai 1986 in Ispringen

Arthur Ditschkowski hat sich trotz eines ausdrücklichen Verbots für die Zeugen Jehovas betätigt, hat an Bibelstunden teilgenommen, Kurierdienste in die Schweiz übernommen und sich an Flugblattaktionen der Zeugen Jehovas beteiligt. Dafür verbrachte er von 1937 bis 1939 ein Jahr und sechs Monate im Gefängnis. Trotz Einberufung zur Wehrmacht verweigerte er 1943 den Dienst an der Waffe und wurde dafür zum Tode verurteilt.

Arthur Ditschkowski wurde am 30. März 1899 in Bromberg im heutigen Polen geboren und lernte im Betrieb seines Vaters das Handwerk des Stellmachers. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Ditschkowski auf deutscher Seite kämpfte, wurde Bromberg polnisch, die Familie verließ den Ort und ging nach Berlin. 1923 ließ sich Ditschkowski in Ravensburg nieder und machte in den Jahren 1926 und 1927 eine Ausbildung zum Heilpraktiker. 1927 heiratete er Emma Gold und zog mit ihr 1932 nach Pforzheim. Dort eröffnete er eine gutgehende Heilpraxis.

Sein Geschäftserfolg gründete auf einem neuen physiotherapeutischen Wärmeheilverfahren, dem sogenannten Parapack-Verfahren, das besonders gegen Rheumamerkrankungen wirksam war. Seine Praxis lief – auch in der Krisenzeit der Weimarer Republik – so gut, dass er weitere Parapack-Institute in Karlsruhe und in Lahr (Schwarzwald) errichtete. Arthur Ditschkowski erwirtschaftete so ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von ca. 20.000 Reichsmark, was heute etwa 85.000 Euro entspricht. Sein Wohlstand drückte sich auch darin aus, dass er stolzer Besitzer eines Opel P4 war.

Pforzheim war Anfang der 1930er-Jahre eine Hochburg der Zeugen Jehovas, wegen ihrer Auseinandersetzung mit der Bibel auch Bibelforscherbewegung oder Ernste Bibelforscher genannt. Durch die Nationalsozialisten wurde die dortige Gemeinde aber im Mai 1933 verboten und zur Selbstaflösung gezwungen. Fortan musste sie sich, meist in privaten Wohnungen, geheim treffen, um Bibelstunden abzuhalten. Das Verbot der Betätigung wurde von den Pforzheimer Bibelforschern ignoriert. Sie missionierten sogar weiter und das Parapack-Institut von Artur Ditschkowski diente als Ort, wo die neuen Mitglieder getauft wurden. Da er ein Auto besaß, erledigte er zudem Kurierdienste. Beispielsweise transportierte er Schriften zwischen einzelnen Gemeinden. 1934 nahm er an einem Bibelforscherkongress in der Schweiz teil. Die Reise hatte er als Geschäftsfahrt für sein Parapack-Institut getarnt.

Die Pforzheimer Bibelforscher waren aber durchaus im Blick der NS-Behörden: Ditschkowski musste im Laufe der Jahre allein elf Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen. Im Dezember 1936 und im Juni 1937 führten die Zeugen Jehovas reichsweite Flugblattaktionen durch, mit denen sie sich gegen ihre Verfolgung zur Wehr setzten. Der Druck auf sie verstärkte sich zunehmend. Artur Ditschkowski wurde am 13. Oktober 1937 verhaftet und in Pforzheim in „Schutzhaft“ genommen. Ab Januar 1938 tagte ein Sondergericht im benachbarten Neuenbürg, welches ihn zu 18 Monaten Haft verurteilte. Diese verbüßte er in Freiburg und kam, anders als andere Bibelforscher, tatsächlich am 26. April 1939 wieder frei. Er nahm sogar den Praxisbetrieb wieder auf.

Arthur Ditschkowski blieb seinem Glauben weiterhin treu und verweigerte als überzeugter Pazifist den Dienst an der Waffe. Am 14. September 1943 wurde er in Konstanz wegen Wehrdienstverweigerung verhaftet, vor das Divisionsgericht in Ulm gestellt und schließlich am 19. November 1943 zum Tode verurteilt. An Händen und Füßen gefesselt wartete er über Monate auf sein Todesurteil. Dieses wurde jedoch zunächst ohne Angabe von Gründen in eine dreijährige Haftstrafe umgewandelt. Im März 1944 kam er sogar frei und wurde zur „Frontbewährung“ an die Ostfront geschickt, was im Grunde einem Todesurteil gleichkam. Schwer verwundet erlebte er das Kriegsende in einem Lazarett in Konstanz. Seine Frau starb beim Luftangriff auf Pforzheim am 23. Februar 1945.

Auch nach 1945 war Arthur Ditschkowski bei den Zeugen Jehovas noch aktiv und baute in Bretten und Mühlacker die Versammlungen mit auf. Er heiratete erneut, lebte eine Weile in Lomersheim bei Mühlacker. Später zog er nach Pforzheim zurück und verbrachte seinen Lebensabend in Ispringen. Artur Ditschkowski starb am 19. Mai 1986. Lange Zeit wurden seine Aktionen nicht als Widerstand anerkannt, was auch daran liegt, dass es bis 1998 keine pauschale Aufhebung der Urteile gegen Bibelforscher gab.

Q Schriftliche Erklärung von Arthur Ditschkowski über seine Haftzeit und das Todesurteil

Da nicht mit Sicherheit festzustellen ist, ob Bruder Barth in Pforzheim meinen Verfolgungsbogen mit eingesand hat, will ich diesen noch folgen lassen:

Bruder Arthur Ditschkowski (gehörte früher zur Gruppe Pforzheim)
Gesamt - Gefängnisstrafe, einschliesslich Untersuchungshaft, die abgesessen wurde..... 25 Monate
Weiter ein Todesurteil (wurde aber nicht vollstreckt)
Ausserdem noch drei Jahre Gefängnis, (die auch nicht mehr abgesessen werden konnte)

Also im Gefängnis verbracht Zeit: 25 Monate.

Mit innigen Grüßen im Lobpreisungsdienst für Jehovas Namen, Euer Brüder,

Arthur Ditschkowski

Jehovas Zeugen
Gruppe Mühlacker / Württ.

P6 Einen Sprengstoffanschlag planen Helmut „Helle“ Hirsch

Zeitraum: Dezember 1936

Zur Person

- ▶ geboren am 27. Januar 1916 in Stuttgart
- ▶ jüdische Abstammung
- ▶ Mitglied der bündischen Jugend
- ▶ Architekturstudium in Prag
- ▶ Kontakt zur „Schwarzen Front“ um Otto Strasser und Botendienste für diese Organisation
- ▶ hingerichtet am 4. Juni 1937 in Berlin

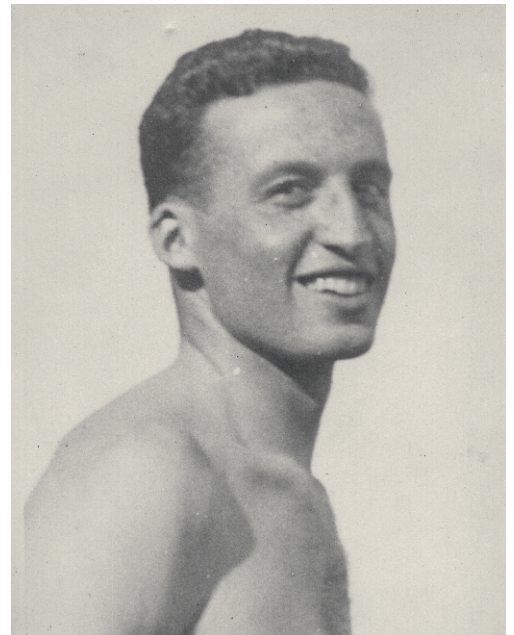


Foto: © Robert D. Farber, University Archive & Special Collections Department, Brandeis University

Der 21-jährige Student Helmut „Helle“ Hirsch wollte ein Gebäude auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg sprengen, ist aber vorher verraten worden. Er wurde am 8. März 1937 vom Volksgerichtshof wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilt und drei Monate später hingerichtet.

Helmut Hirsch, genannt „Helle“, wurde am 27. Januar 1916 in Stuttgart als Sohn des jüdischen Ingenieurs Siegfried und seiner Frau Martha geboren. Die Eltern besaßen nach einem mehrjährigen USA-Aufenthalt die amerikanische Staatsbürgerschaft, die jedoch nach dem Ersten Weltkrieg nicht verlängert wurde. Der musisch begabte Helle Hirsch, der schon als Kind malte, modellierte und Gedichte verfasste, schloss sich 1931 der „dj. 1.11“ an. Die „Deutsche Jungenschaft vom 1. November 1929“, so der vollständige Name, gehörte zur Bündischen Jugend, die auf den Idealen des „Wandervogel“ und der Pfadfinder basierte. Wie der Gründer Eberhard Koebel begeisterten sich die Jungen der „dj. 1.11“ für Kunst, Literatur, fernöstliche Philosophie, Volks- und Brauchtum bäuerlicher Kulturen. Auch Hans Scholl, Mitbegründer der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“, war eine Zeit lang Mitglied der Deutschen Jungenschaft.

Helle Hirsch wurde im Sommer 1933 aus seiner Stuttgarter Gruppe ausgeschlossen, die wie die meisten Vereine nach der Machtübernahme keine jüdischen Mitglieder mehr duldete. 1935 legte er in Stuttgart seine Abiturprüfung ab und begann ein Architekturstudium in Prag, wohin ihm 1936 die Eltern und seine Schwester Käthe folgten.

Im Exil sah sich der idealistische und begeisterungsfähige junge Mann in der Pflicht, „für die Zukunft der deutschen Jugend gegen Adolf Hitler und sein System“ zu kämpfen. Vermittelt durch seinen Mentor Koebel schloss sich Helle Hirsch der „Schwarzen Front“ um Otto Strasser an, der 1933 nach Prag geflohen war. Strasser war ein ehemaliges Mitglied der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), hatte aber 1930 mit Hitler gebrochen, weil er mit seiner Idee eines nationalen Sozialismus auf marxistischer Grundlage in der Partei in der Minderheit war.

Strasser drängte Helle Hirsch im Sommer 1936, einen Anschlag in Deutschland zu verüben. Hirsch hatte bisher mitgeholfen, Propagandaschriften der „Schwarzen Front“ ins Deutsche Reich zu schmuggeln. Auch wurde ein Aufsatz von ihm in der Exilzeitschrift *Die Deutsche Revolution* abgedruckt. Nun sollte er nach dem Willen der Schwarzfront-Funktionäre als Jude ein Zeichen gegen den NS-Staat setzen und während der Olympischen Spiele einen Bombenanschlag auf das Berliner Olympiastadion verüben. Hirsch lehnte dies wegen der voraussehbaren Opfer ebenso ab wie andere „weiche“ Anschlagziele.

Schließlich wurde der junge Student, wohl auch aufgrund seiner Unerfahrenheit, zu einem Sprengstoffanschlag auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg überredet. Dieser wurde aber nie ausgeführt, da Helle Hirsch am Tag nach seiner Einreise in Stuttgart am 20. Dezember 1936 von der Gestapo verhaftet wurde.

Vermutlich hatten deutsche Spitzel in der Prager Zentrale der „Schwarzen Front“ die Pläne an die deutschen Behörden verraten. Am 8. März 1937 wurde Helle Hirsch vom Volksgerichtshof wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilt. Das Gnadengesuch Hirschs wurde ebenso zurückgewiesen wie die Bemühungen des amerikanischen Botschafters, der ihm trotz des unklaren Status' die amerikanische Staatsbürgerschaft attestiert hatte. Am 4. Juni 1937 wurde Helle Hirsch in Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet.



Aus einem Aufsatz von Helle Hirsch in der Exilzeitschrift *Die deutsche Revolution* vom 12. April 1936

Die Zeitschrift erschien zwischen Januar 1931 und November 1937 und wurde von Otto Strasser und der „Schwarzen Front“ herausgegeben.

„1933 stand diese Jugend Hitler fast vollkommen zur Verfügung. Sie rief nach Einsatz, nach dem Einsatz ihrer jungen, langsam gewachsenen Kenntnisse über Jugendführung, Schulreform, Kunst und Religion. Hitler hat sie enttäuscht. Die ganze große Begeisterung ließ er verlaufen im Sumpf der Massenorganisationen der HJ, der Arbeitsfront, der Deutschen Christen. Er zerschlug mit den alten Formen der Bünde auch die in langer Auswahl und Tradition gewachsenen Gruppen. Er ließ die alten erfahrenen Führer verhaften oder kaltstellen. An ihre Stelle trat der Parteiapparat. Die Jugend nahm den Kampf auf gegen dieses System. Die „Bündischen“ durchtränkten das Jungvolk hauptsächlich mit ihren Formen und Ideen. Sie versuchten immer und immer wieder dem „Führer“ klarzumachen, dass doch sie die reinsten Nationalsozialisten waren, ohne Anspruch auf Pöstchen, aus reiner ehrlicher Begeisterung. Sie konnten die Ablehnung nicht verstehen. Da standen sie nun – herausgeworfen, beurlaubt, bedroht und enttäuscht; eine Jugend, einsatzbereit, blühend, wird zur Verräterin erklärt, weil sie das Leben so erleben will, wie es sein soll, weil sie den Weg der Tiefe des Lebens finden und nicht nach dem nationalen Rezept eines engstirnigen Kleinbürgers leben will. Es gibt nichts, durch das Hitler diese Enttäuschung wieder gut machen könnte [...]

Überall im Reich wächst unterirdisch diese Kraft, und mit Konzentrationslager, Verboten und Verhaftungen antwortet Hitler darauf. Aber es besteht kein Zweifel: die Bündische Jugend lebt, die katholische wie die freie – und sie wird weiter leben im freien Deutschland der Zukunft.

Um den Weg frei zu bekommen für diesen Aufbau, muss das Hitlersystem verschwinden, das, statt Neues zu bringen, nur Altes vermantscht und viel Wertvolles zertrampelt hat. Und darum geht jetzt der erste Kampf für die Zukunft der deutschen Jugend gegen Adolf Hitler und sein System!“

Quelle: Pauls Buscher (Hrsg.) (1987): Das Helle-Hirsch-Heft. Puls 15. Dokumentationsschrift der Jugendbewegung, Berlin, S. 21.

P7 Die Teilnahme an einer Volksabstimmung verweigern

Joannes Baptista Sproll

Zeitpunkt: 10. April 1934

Zur Person

- ▶ geboren am 2. Oktober 1870 in Schweinhausen
- ▶ Mitglied der Zentrumspartei und des württembergischen Landtags
- ▶ seit 1927 Bischof von Rottenburg
- ▶ nach 1933 Einsatz für die Eigenständigkeit der katholischen Jugend und kritische Predigten gegen den Nationalsozialismus
- ▶ ab August 1938 de facto als Bischof abgesetzt und im kirchlichen Exil
- ▶ Juli 1945 Heimholung ins Bistum
- ▶ gestorben am 4. März 1949 in Rottenburg/Neckar



Foto: © Seelsorgeeinheit-Heimat-Bischof Sproll

Am 10. April 1938 verweigerte Joannes Baptista Sproll bei der Volksabstimmung über den Anschluss von Österreich ans Deutsche Reich die Stimmabgabe. Diese Abstimmung sollte den Einmarsch ins Nachbarland und dessen Annexion nachträglich legitimieren. Bis zur Mittagszeit hatten alle Bürgerinnen und Bürger Rottenburgs bis auf den Bischof ihre Stimme abgegeben. Weil die SA, eine Kampforganisation der Nationalsozialisten, die Wahllisten einsah, wusste sie von dem Wahlverweigerer. Anschließend verließ der Bischof die Stadt und kehrte erst am 12. Mai wieder zurück. Mit seiner Tat wollte er verhindern, dass Rottenburg mit 100 Prozent für das Programm der Nationalsozialisten stimmte.

Joannes Baptista Sproll wurde 1870 im oberschwäbischen Schweinhausen geboren und wuchs in einfachsten Verhältnissen auf. Früh schon fiel er dem örtlichen Pfarrer auf, der ihn förderte. So konnte er die Lateinschule in Biberach und das bischöfliche Konvikt in Ehingen besuchen und später in Tübingen katholische Theologie studieren. Nach seiner Priesterweihe trat er mehrere Stellen innerhalb des Bistums an und war an der Universität Tübingen und am Priesterseminar Rottenburg tätig. Seit 1912 vertrat er das Rottenburger Domkapitel in der 1. Kammer des württembergischen Landtags. Ein Jahr später wurde er für die Zentrumspartei gewählter Abgeordneter der 2. Kammer. Im Ersten Weltkrieg arbeitete Sproll als Feldgeistlicher und trat dem Friedensbund der Deutschen Katholiken bei. Später war er Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung in Württemberg. Seit 1915 war er als Weihbischof tätig und wurde 1927 Bischof.

Ihm war es besonders wichtig, die Laien zu mobilisieren und die Jugend anzusprechen. Am Herzen lag ihm außerdem die Fort- und Weiterbildung des Klerus. Innerhalb der Bischofskonferenz galt er als Anhänger der Weimarer Republik – und damit als Außenseiter. Verstärkt wurde diese Außenseiterrolle durch seine pazifistische Haltung. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten versuchte er zunächst zu verhindern, dass die katholische Jugend in die Hitler-Jugend (HJ) eingegliedert und damit dem Einfluss der Kirche entzogen wird. Er begann zudem, Eingaben an staatliche Stellen zu machen. Seine Hirtenbriefe und Predigten waren immer offener gegen die nationalsozialistische Politik und Ideologie gerichtet. Die Stuttgarter Oberstaatsanwaltschaft ermittelte gegen ihn wegen „Hetzen schlimmster Sorte“.

Die Wahlenthaltung Sprolls im April 1938 führte dann zu gezielten propagandistischen Aktionen von NSDAP und SA in Rottenburg: Mit stillschweigender Billigung der Obrigkeit marschierten Formationen von SA, der HJ und dem Bund deutscher Mädel (BDM) vor den Bischofssitz. Sie wurden aus Reutlingen und Tübingen herbeigekarrt, trafen aber auf das Missfallen der örtlichen Bevölkerung. Die NS-Presse hetzte gegen Sproll und warf ihm vor, sein Kirchenvolk im Stich zu lassen und sich durch die Wahlenthaltung außerhalb der Volksgemeinschaft gestellt zu haben.

Die Demonstrationen gegen Sproll wurden immer gewalttätiger: Am 16. Juli drangen Demonstranten in das bischöfliche Palais ein. Sproll weigerte sich jedoch, die Kapelle, in der er betete, zu verlassen. Insgesamt

eine Stunde wüteten die Demonstranten im Palais – am nächsten Morgen lud Sproll die Rottenburger Bevölkerung ein, die Schäden zu besichtigen. Sproll erhielt viele Zuschriften, die seine Standhaftigkeit rühmten. Die Lage schien sich über die nächsten Wochen zu beruhigen, doch am 24. August sprach die Gestapo im bischöflichen Palais vor und präsentierte dem Bischof einen Ausweisungsbefehl, da er die Bevölkerung beunruhigen würde. Sproll protestierte, wurde aber nach Freiburg zum dortigen Erzbischof verbracht. Diese De-facto-Absetzung führte zwar zu einer Solidaritätsadresse der deutschen Bischöfe, aber sonst hielt sich der Beistand in Grenzen. Sproll ging ins kirchliche Exil – über mehrere Stationen führte ihn der Weg ins Benediktinerkloster St. Ottilien in Bayrisch Schwaben. Während er anfangs noch regelmäßig Besuch aus Rottenburg erhielt, musste er nach und nach seine Leitungskompetenzen abgeben. 1940 nahm er letztmals an der Fuldaer Bischofskonferenz teil, ab

1941 bemühte sich der Vatikan, Sproll zu einem Amtsverzicht zu bewegen – doch der lehnte dies stets ab.

Sehr symbolisch gestaltete sich am 12. Juni 1945 die Heimholung Sprolls am 18. Jahrestag seiner Inthronisation. In Gegenwart von 180 Geistlichen und 2.000 Zuschauerinnen und Zuschauern wurde er auf einem Thronsessel durch Rottenburg getragen. Allerdings war schon zu diesem Zeitpunkt sein Gesundheitszustand schlecht. Er verstarb am 4. März 1949.

Bischof Sproll war erfahren genug, um zu wissen, was er mit seiner Wahlenthaltung tat. Doch war er von den Konsequenzen seines Handelns wohl selbst überrascht und hat vermutlich die Solidarität der Katholiken überschätzt. Er war der einzige Verfolgte unter den deutschen Bischöfen. Dies wirft zugleich die Frage nach der Rolle der anderen Bischöfe auf.



Bericht an den päpstlichen Nuntius über Sproll bei der Frage der Besetzung des Bischofsstuhls vom 30. August 1926

„Angst und Menschenfurcht kennt der hochwürdigste Herr nicht. Er hat auch den Mut, seine Finger auf Wunden zu legen und offen und gerade seine Ansicht über Fehler zu sagen. Wie er gewissenhaft, mit ganzer Kraft seine Pflichten erfüllt, verlangt er dies auch vom Klerus.“

Widerspenstige und pflichtvergessene Geistliche weiß er kräftig anzufassen. Freilich trägt ihm das nicht immer Sympathien ein.“

Aus: Dominik Burkard (2013): Joannes Baptista Sproll, Stuttgart: Kohlhammer, S. 41.



Schmiererei auf dem Bürgersteig vor der bischöflichen Wohnung am Tag nach der Volksabstimmung: „Bischof Sproll Volksverräter“

P8 Gegen die Pogromnacht predigen Julius von Jan

Zeitpunkt: 16. November 1938

Zur Person

- ▶ geboren am 17. April 1897 in Schweindorf bei Neresheim
- ▶ Theologie-Studium
- ▶ ab 1935 Pfarrer in Oberlenningen
- ▶ 1938 nach seiner Predigt gegen die Pogromnacht im Gefängnis und zu 16 Monaten Haft verurteilt
- ▶ 1939 bis 1945 Ausweisung aus Württemberg und Arbeit als Seelsorger in Bayern
- ▶ 1949 bis 1958 Pfarrer in Stuttgart-Zuffenhausen
- ▶ gestorben am 21. September 1964 in Kornheim

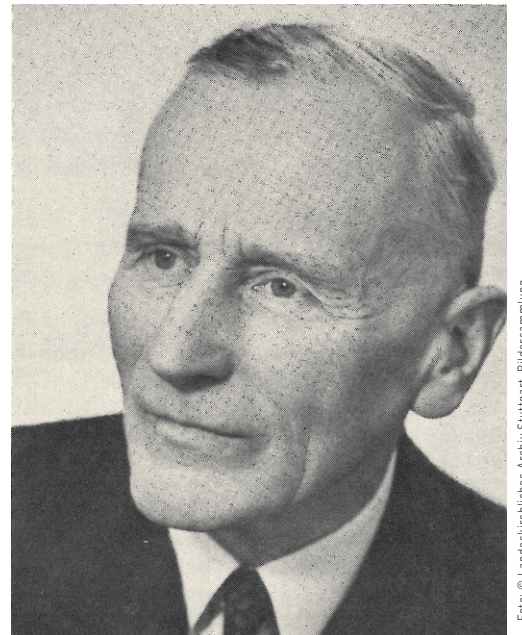


Foto: © Landeskirchliches Archiv Stuttgart, Bildersammlung

Am 16. November 1938, eine Woche nach der Reichspogromnacht, hat der evangelische Pfarrer Julius von Jan am Buß- und Betttag eine Predigt über die Bibelstelle Jeremia 22,29 gehalten und sich damit gegen die unchristlichen Verbrechen an jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewandt.

Julius von Jan wurde 1897 in Schweindorf in eine Pfarrersfamilie geboren. Er besuchte zuerst die Volksschule und ab 1911 das evangelische Seminar in Maulbronn und Blaubeuren. Dies war der klassische Weg für einen angehenden evangelischen Pfarrer in Württemberg. 1914 zog der 17-Jährige voller vaterländischer Begeisterung in den Ersten Weltkrieg, geriet aber bald darauf in englische Gefangenschaft. Nach seiner Heimkehr 1919 studierte er Theologie in Tübingen. 1923 legte er sein Examen ab und bekleidete verschiedene Stellen im Dienst der evangelischen Landeskirche, bevor er 1927 eine Pfarrstelle in Herrentierbach bei Schwäbisch Hall antrat. Er heiratete Marta Munz, die einer Missionarsfamilie entstammte. Ab 1935 war Julius von Jan Pfarrer in Oberlenningen im Dekanat Kirchheim/Teck.

Von Jan wurde zu einem Anhänger von Pastor Martin Niemöller und der Bekennenden Kirche, für deren Pfarrer er regelmäßig Fürbitten verlas, sobald einer in Haft geriet. Die Predigt vom 16. November 1938, die zwar sehr kritisch war, jedoch auch nicht frei von antijudaistischen Tönen, war in Württemberg einzigartig, denn sie wendete sich gegen die wenige Tage zuvor vom NS-Regime organisierte Reichspogromnacht.

Die Reaktion des Regimes folgte rasch. Am 25. November drang ein SA-Trupp in Julius von Jans Haus ein, fand ihn dort jedoch nicht vor. Als die Schläger im benachbarten Schopfloch auf ihn trafen, verhöhnten sie ihn und schlugen ihn bewusstlos. Schließlich wurde er im Stuttgarter Gestapo-Gefängnis in der Büchsenstraße inhaftiert und später wegen angeblicher Vergehen gegen das „Heimtückegesetz“ und den „Kanzelparagraphen“ zu 16 Monaten schwerer Haft verurteilt. Die Predigt brachte von Jan aber nicht nur ein staatliches Strafverfahren, sondern auch ein kirchliches Aufsichtsverfahren ein, durch das die Kirchenleitung ihre Loyalität gegenüber staatlichen Stellen zeigen wollte.

Nach wenigen Monaten wurde Julius von Jan am 13. April 1939 aus der Untersuchungshaft entlassen und zugleich aus Württemberg ausgewiesen. Er wurde von der bayrischen Landeskirche aufgenommen, musste aber seine Haftstrafe am 3. Januar 1940 in Landsberg/Lech antreten. Am 28. Mai 1940 wurde er vorzeitig auf Bewährung entlassen und übernahm danach eine Stelle an einem evangelischen Konfirmanden- und Freizeitheim in Ortenburg bei Passau. Obwohl ihm die „Wehrwürdigkeit“ aberkannt worden war, wurde er dennoch zum Kriegsdienst an der Ostfront eingezogen. Erst 1945 kehrte er nach der Kriegsgefangenschaft nach Oberlenningen zurück. Dort nahm er seinen Dienst als Pfarrer wieder auf, als wäre nichts geschehen.

Von Jan thematisierte seine widerständige Aktion und seine Rolle im NS-Regime zeit seines Lebens nicht. Er war von 1949 bis 1958 in Stuttgart-Zuffenhausen als Pfarrer tätig und wohnte danach bis zu seinem Tod 1964 in Korntal. Am 8. Mai 1985 wurde das evangelische Gemeindehaus in Oberlenningen nach ihm benannt. 2018 wurde er posthum von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.



Aus der Predigt Julius von Jans vom 16. November 1938

„[...] Ein Verbrechen ist geschehen in Paris. Der Mörder wird seine gerechte Strafe empfangen, weil er das göttliche Gesetz übertreten hat. Wir trauern mit unserm Volk um das Opfer dieser verbrecherischen Tat. Aber wer hätte gedacht, dass dieses eine Verbrechen in Paris bei uns in Deutschland so viele Verbrechen zur Folge haben könnte? Hier haben wir die Quittung bekommen auf den großen Abfall von Gott und Christus, auf das organisierte Antichristentum. Die Leidenschaften sind entfesselt, die Gebote Gottes missachtet, Gotteshäuser, die andern heilig waren, sind ungestraft niedergebrannt worden, das Eigentum der Fremden geraubt oder zerstört. Männer, die unserm deutschen Volk treu gedient haben und ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt haben, wurden ins KZ geworfen, bloß weil sie einer andern Rasse angehörten! Mag das Unrecht auch von oben her nicht zugegeben werden – das gesunde Volksempfinden fühlt es deutlich, auch wo man nicht darüber zu sprechen wagt.

Und wir als Christen sehen, wie dieses Unrecht unser Volk vor Gott belastet und seine Strafe über Deutschland herbeiziehen muss. Denn es steht geschrieben, irret euch nicht, Gott lässt seiner nicht spotten, was der Mensch sät, das wird er auch ernten! [Gal 6,7] Ja, es ist eine entsetzliche Saat des Hasses, die jetzt wieder ausgesät worden ist. Welche entsetzliche Ernte wird daraus erwachsen, wenn Gott unserm Volk und uns nicht Gnade schenkt zur aufrichtigen Buße.

Quelle: Landeskirchliches Archiv Stuttgart A 227

Die Predigt in voller Länge zum Anhören gibt es unter <https://de.evangelischer-widerstand.de/html/view.php?type=dokument&id=786&l=de>

„[...] Darum ist uns der Bußtag ein Tag der Trauer über unsere und unseres Volkes Sünden, die wir vor Gott bekennen, und ein Tag des Gebets: Herr, schenk uns und unserem Volk ein neues Hören auf dein Wort, ein neues Achten deiner Gebote! Und fange bei uns an.

Wenn wir heute mit unserem Volk in der Buße vor Gott gestanden sind, so ist dies Bekennen der Schuld, von der man nicht sprechen zu dürfen glaubte, wenigstens für mich heute gewesen wie das Abwerfen einer großen Last. Gott Lob! Es ist herausgesprochen vor Gott und in Gottes Namen. Nun mag die Welt mit uns tun, was sie will. Wir stehen in unsres Herren Hand. [...]“

P9 Deportationen zu verhindern versuchen Heinrich Herrmann

Zeitraum: August 1940

Zur Person

- ▶ geboren am 2. August 1878 in Freiburg/Breisgau
- ▶ Ausbildung zum Schriftsetzer und Diakon
- ▶ 1927 bis 1936 Hausvater in der Pflegeanstalt Stetten
- ▶ bis 1947 Leiter der Taubstumm- und Fürsorgeanstalt in Wilhelmsdorf
- ▶ 1940 Weigerung, an den Euthanasiemorden mitzuwirken
- ▶ bis 1961 ehrenamtlich in der Kirche aktiv
- ▶ gestorben am 15. Februar 1961

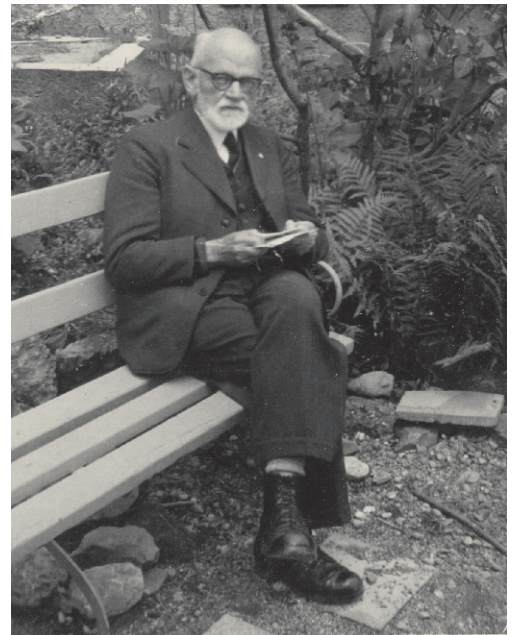


Foto: © Bernhard Stockmayer, Zwielfalten

Als am 1. August 1940 Meldebögen des Reichsinnenministeriums in der Taubstumm- und Fürsorgeanstalt Wilhelmsdorf in Oberschwaben eintrafen, war dem Leiter der Anstalt Heinrich Herrmann deren Bedeutung sofort klar: In anderen Anstalten der Inneren Mission in Württemberg waren diese der Auftakt für die Deportationen der Kranken gewesen. Er wusste, dass die Deportation zur Ermordung der Anstaltsbewohner führen würde. Herrmann erkannte, dass seine Mitwirkung für die Durchführung der geplanten Deportationen sowie die anschließenden Morde unerlässlich war. Die Bürokratie war die Voraussetzung für die Vernichtung. Mit bürokratischen Mitteln versuchte Herrmann die Deportationen zu verhindern. Er ließ Fristen verstreichen und sendete unterschiedliche Meldebögen nach Berlin, um so das Verfahren zu verzögern. Außerdem kündigte er gegenüber dem Reichsinnenministerium und gegenüber seinen kirchlichen Vorgesetzten an, bei der Ermordung der Anstaltsbewohner nicht mitzuwirken.

Heinrich Herrmann wurde 1878 in Freiburg geboren, verbrachte seine Kindheit in der Schweiz und zog im Alter von zwölf Jahren nach Wilhelmsdorf in Oberschwaben. Er absolvierte eine Lehre als Schriftsetzer und ließ sich später in der Nähe von Basel zum Diakon ausbilden. Zunächst arbeitete er als Stadtmissionar in Chur (Schweiz) und zeigte dort schon Interesse für die Arbeit mit Taubstumm. Von 1927 bis 1936 leitete er als Hausvater die Pflegeanstalt bei Stetten im Remstal. Im Anschluss übernahm er die Leitung der Taubstumm- und Fürsorgeanstalt in Wilhelmsdorf bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1947.

Ab 1940 wurden von den Nationalsozialisten über 70.000 Menschen aus Heil- und Pflegeanstalten ermordet. Der Tatort in Südwestdeutschland lag auf der Schwäbischen

Alb: Das ehemalige Samariterstift Grafeneck wurde als Tötungsanstalt genutzt. Zentral war hierbei die Unterscheidung in „lebenswertes“ und „lebensunwertes“ Leben (im Sinne von nützlich). Diesen Vorgang bezeichnet man als NS-Euthanasiemorde. Dabei kam es in Grafeneck auch zu Vergasungen. Das Wort Euthanasie kommt aus dem Griechischen und bedeutet „glücklicher Tod“. Über Kontakte zur Anstalt Stetten hatte Heinrich Herrmann davon erfahren, dass dort untergebrachte Kranke nach Grafeneck gebracht und ermordet wurden.

Eine derartige Mordaktion braucht viele Unterstützer und Mitwisser: vom Personal der Tötungsanstalten über die Transportfirmen bis zu den Angestellten der Heil- und Pflegeanstalten. Dabei trugen Menschen unterschiedlich viel Verantwortung – am meisten sicherlich die Anstaltsleiter, in der Regel verbeamtete Mediziner oder Theologen. Die meisten Anstaltsleiter funktionierten im Sinne des NS-Systems: Formulare wurden ausgefüllt, Informationen geteilt, Deportationen wurden durchgeführt. 1939 hat sich nur ein Anstaltsleiter vorzeitig in den Ruhestand versetzen lassen. Einige Anstaltsleiter unterstützten die NS-Euthanasiemordaktionen aktiv und befürworteten die Vernichtung der Kranken. Nur vereinzelt gab es Versuche, die Morde zu verhindern.

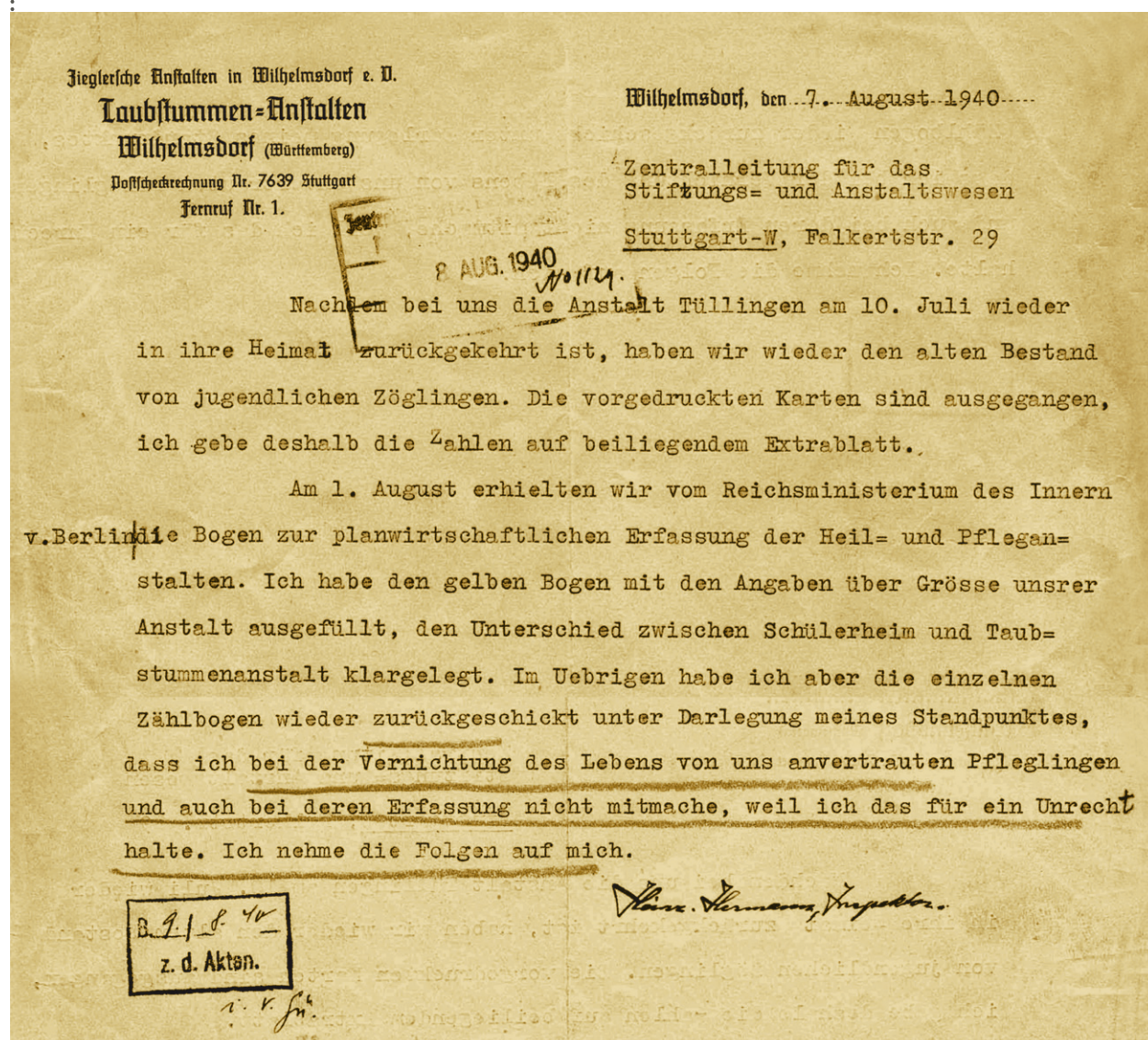
Die Aktion von Heinrich Herrmann traf den bürokratischen Staat dort, wo er anfällig war: bei der Datenerfassung. Heinrich Herrmann erhielt aber keine Unterstützung vom Landesverband der Inneren Mission in Württemberg. Als sich am 23. Oktober 1940 ein Obermedizinalrat und Landesjugendarzt aus Stuttgart zum

Besuch in Wilhelmsdorf ankündigte, wurden die Meldebögen ausgefüllt. Herrmann weigerte sich aber, sie zu unterschreiben, und verzögerte den Prozess damit nochmals um ein paar Tage. Die Anordnung, dass die Kranken in die Heilanstalt Weinsberg verlegt und von dort einen Monat später nach Hadamar in Hessen weitertransportiert wurden, wo sie getötet wurden, dauerte noch bis März 1941.

Herrmann versuchte zudem gezielt, einzelne seiner Schutzbefohlenen zu retten und sie von der Verlegungsliste zu streichen, indem er ihre Fähigkeiten hervorhob, mit denen sie sich über die Jahre nützlich gemacht hatten. Nur einer von diesen kehrte nach Wilhelmsdorf zurück und überlebte die NS-Diktatur: Ernst Weiss starb 2009 in Wilhelmsdorf. Heinrich Herrmann war der einzige Leiter einer Fürsorgeanstalt, der die Weitergabe der Daten und damit die Voraussetzungen für die Selektion kategorisch verweigerte. Nach seinem Ruhestand 1947 blieb er bis zu seinem Tod 1961 kirchlich engagiert und erteilte in den umliegenden Gemeinden Konfirmandenunterricht.



Schreiben von Heinrich Herrmann an die Zentraleitung der Inneren Mission in Stuttgart, in der er seine Ablehnung der Euthanasiemorde darlegt und seine Mitwirkung daran ablehnt.



P 10 Eine illegale Zeitung veröffentlichen Georg Lechleiter

Zeitraum: ab August 1941 bis Februar 1942

Zur Person

- ▶ geboren am 14. April 1885 in Appenweier
- ▶ Ausbildung zum Schriftsetzer
- ▶ Mitglied der KPD und Landtagsabgeordneter
- ▶ zwischen März 1933 bis 1935 in Haft
- ▶ ab 1936 Treffen mit Gleichgesinnten
- ▶ ab 1941 Druck und Verbreitung der Zeitschrift *Der Vorbote*
- ▶ hingerichtet am 15. September 1942 in Stuttgart



Foto: © Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Generalandesarchiv Karlsruhe 231 Nr. 2937/953 Bild 1

Der KPD-Politiker Georg Lechleiter blieb trotz Verhaftung und Überwachung im Nationalsozialismus politisch aktiv. Er gab die illegale Zeitung *Der Vorbote* heraus, wurde Anfang 1942 gefasst, zum Tode verurteilt und im September desselben Jahres hingerichtet.

Georg Lechleiter wurde 1885 in Appenweier als Sohn eines Kleinbauern geboren. Er lernte Schriftsetzer und arbeitete in Baden und der Schweiz, wo er in die Sozialistische Partei eintrat und während des Ersten Weltkriegs als Kriegsdienstverweigerer blieb. 1919 kehrte er nach Deutschland zurück. Er war Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in Mannheim und stieg bis zum Fraktionsvorsitzenden der KPD im Badischen Landtag auf. Lechleiter war verheiratet und hatte einen Adoptivsohn.

Schon wenige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Lechleiter am 17. März 1933 verhaftet. Als führender KPD-Politiker gehörte er zu den politischen Gegnern, die von Anfang an mit gnadenloser Härte verfolgt wurden. Er wurde zunächst in einem Mannheimer Gefängnis, dann in den Konzentrationslagern Ankenbuck und Kislau festgesetzt. Seinen Willen zum Widerstand konnten die NS-Machthaber nicht brechen. Als Georg Lechleiter 1935 aus der Haft entlassen wurde, nahm er sofort Kontakt zu seinen alten kommunistischen Genossen in Mannheim auf.

Aufgrund permanenter Überwachung durch die Gestapo trafen sie sich nur im kleinen Kreis, diskutierten über die politische Lage und hörten per Kurzwelle den Moskauer Rundfunk. Mit Kriegsbeginn 1939 intensivierten Lechleiter und seine Mitstreiter den Kampf gegen den Nationalsozialismus, zum einen durch den Wiederaufbau der „Roten Hilfe“, einer 1924 gegründeten und 1933 verbotenen Hilfsorganisation für verfolgte und inhaftierte Kommunisten. Zum anderen wurden in Mannheimer Betrieben Vertrauensleute gewonnen und mit diesen nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 der kommunistische Widerstand ausgebaut. Ab September 1941 begann die Lechleiter-Gruppe, mit großem logistischem Aufwand eine illegale Zeitung mit dem Titel *Der Vorbote* zu drucken und zu verbreiten.

Beteiligt waren hier nicht nur ehemalige KPD-Mitglieder, sondern auch ehemalige Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter, weil diese den Verfolgungsbehörden nicht bekannt waren. Fast alle Texte stammten von Georg Lechleiter, der seine Informationen vom Moskauer Rundfunk bzw. vom deutschen Volkssender in der Sowjetunion bezog. Lechleiters Texte wurden zum Abtippen nach Heidelberg zu Käthe Seitz gebracht, der Tochter eines ehemaligen SPD-Mitglieds. Die Matrizen wurden von einem anderen Gruppenmitglied auf einem Vervielfältigungsapparat in Auflagen von 50 bis 200 Stück abgezogen und die Kopien zurück nach Mannheim transportiert. Die insgesamt vier Ausgaben des *Vorbotes* wurden von den Mitgliedern der Widerstandsgruppe hauptsächlich an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz verteilt.

Im Februar 1942 flog die Gruppe auf. Bis heute ist nicht geklärt, wie die Gestapo auf die Spur kam. Mehr als sechzig Verdächtige wurden festgenommen und brutalen Verhören unterzogen. Am 14. und 15. Mai fand vor dem Volksgerichtshof in Mannheim der Hochverratsprozess gegen Georg Lechleiter und 13 weitere Mitglieder der Widerstandsgruppe statt, darunter auch Käthe Seitz. Bereits am zweiten Verhandlungstag wurde gegen alle Angeklagten das Todesurteil verhängt. Am 15. September 1942 wurden sie mit dem Fallbeil im Innenhof des

Justizgebäudes in Stuttgart hingerichtet. Im Oktober 1942 wurden weitere Mitglieder der Lechleiter-Gruppe vom Oberlandesgericht Stuttgart zum Tode verurteilt und hingerichtet. Damit war der kommunistische und sozialistische Widerstand in Mannheim am Ende.



Textauszüge der illegal von der Lechleiter-Gruppe herausgebrachten Zeitung *Der Vorbote* vom September 1941

DER VORBOTE

Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus
Herausgeber: KP
Ausgabe September 1941

An der Schwelle des 3. Kriegsjahres

Seit dem 22. Juni steht der hinterhältige Überfall des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion im Vordergrund des politischen und militärischen Geschehens. Mit dem Aufmarsch gegen Sowjetrußland hat ein Abschnitt in dem zweiten imperialistischen Krieg begonnen, der zweifellos das Ende des Dritten Reiches einleiten und die Beseitigung der Naziherrschaft beschleunigen wird. Sowohl der bisherige militärische Verlauf des Krieges im allgemeinen, als insbesondere der Ablauf der Ereignisse an der Ostfront, sowie die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland und in den militärisch besetzten Ländern berechtigen zu der obigen Feststellung. [...]

Was können wir jetzt tun?

Mit dieser Frage suchen immer wieder die Antifaschisten unseren Genossen zu entgegnen, wenn sie wegen engerer Mitarbeit gestellt werden. Die Beseitigung der Naziherrschaft darf und kann nicht dem Zufall preisgegeben werden, wenn die proletarische Revolution siegen soll. Hierzu ist in erster Linie eine Führung unbedingt erforderlich. Diese Führeraufgabe ist der Kommunistischen Partei gestellt. [...] Mit der Herausgabe dieser Zeitung hoffen wir, unseren Genossen die ihnen gestellten Aufgaben zu erleichtern und ihnen neue Waffen zu geben, die sie befähigen werden, sich als Vorboten einer neuen *Z e i t* den Weg zu bahnen zu den Arbeitermassen, damit diese kühn und entschlossen für ihre geschichtliche Aufgabe gesammelt werden können unter Führung der Kommunistischen Partei. [...]

Hört die Wahrheit auf Kurzwelle 32 Meter um 20.25 Uhr jeden Abend – ausgenommen montags.

Hört, was in der Nazibibel, Ausgabe 1933, auf Seite 249 über die Sowjetunion zu lesen ist: [...]

„So liegt schon in der Tatsache des Abschlusses eines Bündnisses mit Rußland die Anweisung für den nächsten Krieg. Sein Ausgang wäre das Ende Deutschlands ...“

Wir wünschen, hoffen und glauben, dass Hitler mit diesen letzten Worten recht behält.

Proletarier *aller Länder vereinigt* Euch.

Achtung! Diese Zeitung *n i c h t* weitergeben.

Quelle: Max Oppenheimer: Der Fall Vorbote, S.169ff. zitiert nach: www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/epochen/zeitgeschichte/ns/widerstand/mannheim/q1.pdf

P11 NS-Kindergarten boykottieren Frida Straub und die „Geislinger Weiber“

Zeitpunkt: Dezember 1941 bis Mai 1945

Zur Person

- ▶ geboren am 12. Juni 1914 in Geislingen bei Balingen
- ▶ Arbeit in einer Schuhfabrik und als Näherin
- ▶ 1941 Tod des Ehemannes an der Ostfront
- ▶ Teilnahme am Protest gegen die Schließung des katholischen Kindergartens in Geislingen
- ▶ gestorben am 18. November 1986 in Geislingen bei Balingen



Foto: Privatbesitz Annerose Gulde

Das Leben von Frida Straub, geborene Renner, verlief so unspektakulär wie das vieler Frauen ihrer Generation auf dem Land. Ein Ereignis sticht jedoch besonders heraus: Im Jahr 1941 wehrte sie sich zusammen mit anderen Müttern aus der Gemeinde Geislingen gegen die Schließung ihres katholischen Kindergartens und schrieb sogar einen Brief an den württembergischen Innenminister. Die Aktion ging als „Geislinger Weiberschlacht“ in die Geschichte ein.

Frida Renner kam 1914 in dem rund 2.400 Einwohner zählenden Geislingen bei Balingen zur Welt. Kindheit und Jugend waren geprägt von der dörflichen Struktur und vom Katholizismus. Nach der Volksschule arbeitete sie in einer Balingener Schuhfabrik, später als Näherin in Heimarbeit. 1938 heiratete sie den drei Jahre älteren Wilhelm Straub aus dem Nachbarort und 1940 kam die Tochter Annerose zur Welt. Das private Glück endete jäh, als ihr Mann im September 1941 als Soldat an der Ostfront fiel. Frida musste nun allein für sich und die Tochter sorgen. Kraft schöpfte sie aus ihrem christlichen Glauben.

Der Glaube war auch für die anderen Mütter – wie für alle in Geislingen – von höchster Bedeutung. Daher war man froh, dass es im Ort einen katholischen Kindergarten gab, der von Vinzenterinnen aus Untermarchtal geführt wurde. Es war ein Schock, als am 1. Dezember 1941 bekannt wurde, dass der Kindergarten von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) übernommen werden sollte. Rund 50 Frauen zogen daraufhin im Laufe des Tages zum Rathaus, um Genaueres zu erfahren und gegen den Abzug der Ordensschwestern zu protestieren. Die Stimmung soll dort so brisant gewesen sein, dass Hitlerbilder an der Wand umgedreht und die Männer in den Amtsstuben als „Drückeberger“

beschimpft wurden, weil sie nicht im Krieg waren. Einige Frauen fuhren sogar mit dem Bus nach Balingen zum Landrat und zum NSDAP-Kreisleiter. Von allen diesen Stellen wurden die Frauen abgewiesen: Man wisse nichts von der Übernahme des Kindergartens. Diese Behauptung war eine Lüge.

Am nächsten Morgen versammelten sich bis zu 200 Frauen abermals vor dem Rathaus. Offenbar ging von dort ein Anruf an den Landrat, der die Gendarmerie nach Geislingen schickte und die Außenstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verständigte. Kurz darauf kamen ein Überfallkommando des Landjägerskorps und Gestapoleute nach Geislingen. Diese gingen sofort mit Gewalt gegen die versammelten Frauen vor, traten und schlugen sie. Es floss sogar Blut. Mehrere Frauen wurden festgenommen und – wegen „beleidigender Ausdrücke“ – mindestens acht Tage inhaftiert. Die anderen mussten unterschreiben, künftig nicht mehr an solchen Demonstrationen teilzunehmen. Beachtlich ist, dass an dem Protest auch zahlreiche Frauen beteiligt waren, die keine Kindergartenkinder hatten.

Empört über das gewaltvolle Vorgehen gegen die Frauen, verfasste Frida Straub am 6. Januar 1942 einen Brief an den württembergischen Innenminister. Ihre recht kritischen Aussagen hätten unabsehbare Folgen für sie haben können. Es passierte aber nichts, auch von einem Antwortschreiben ist nichts bekannt.

Der spontane Aufstand der Geislingerinnen konnte den NSV-Kindergarten zwar nicht verhindern, aber es blieb ein anderes Mittel. Statt der bisher 140 Kinder wurden nur noch maximal zehn hingeschickt. Trotz Einschüchterung und Repressalien, wie der Streichung der Kinderbeihilfe, dauerte der Boykott bis zum Ende der NS-Herrschaft an. Nach Kriegsende kehrten die Vinzenterinnen nach Geislingen zurück. Frida Straub und die anderen Geislinger Frauen führten nach dem Krieg ein unauffälliges Leben, bewältigten ihren Alltag als Bäuerinnen, Hausfrauen und Mütter oder nähten in Heimarbeit.



Auszug aus dem Brief von Frida Straub
an den württembergischen Innenminister Mergenthaler vom 6. Januar 1942
(aus dem Privatbesitz von Annerose Gulde)

„An den Württbg. Innenminister Herrn Prf. Mergenthaler!

Am 1. Dez. 1941 wurde unser kath. Kindergarten in Geislingen aufgehoben, ohne unsere Schwestern oder uns Frauen, deren Kinder seither im Kindergarten waren, vorher zu verständigen. Geislingen ist eine rein kath. Gemeinde u. der Kindergarten besteht seit rund 40 Jahren. Wir Geislinger Frauen hängen an unseren Schwestern, wir wollen sie behalten u. auch in der Zukunft unsere Kinder zu ihnen in den Kindergarten schicken. – Wir Frauen haben uns, sobald wir Nachricht von der Auflösung des Kindergartens hatten, sofort geschlossen an die hiesige Behörde gewandt: wir haben dabei unseren Wunsch vorgetragen. Man hat darauf mit Ausreden u. schließlich mit dem Hinweis geantwortet, daß die Gemeinde nichts ändern könne, weil die Sache „von oben“ angeordnet worden sei. [...] Daraufhin sind am Abend einige Frauen von uns zum Kreisleiter nach Balingen gefahren, um mit ihm über die Angelegenheit zu sprechen. [...] Auch dem Kreisleiter haben wir unsere Wünsche vorgetragen; dieser Wunsch, der der Wunsch aller Geislinger Frauen ist, deren Männer zur Zeit im Osten gegen den Bolschewismus kämpfen u. sterben, hat man damit abgetan, dass am andern Tag das Überfallkommando von Oberndorf nach Geislingen gekommen ist. Die Beamten des Überfallkommandos haben die Geislinger Frauen in der schändlichsten Weise behandelt. Man hat unsere Frauen ins Gesicht geschlagen, dass sie aus dem Munde bluteten u. nach 8 Tagen noch Spuren dieser Misshandlung aufwiesen; – diese Frau ist Mutter von 11 Kindern, davon kämpfen bereits die Ältesten an der Ostfront, sie werden wahrscheinlich nicht

erbaut sein, wenn sie von Mutter erfahren, wie man sie in der Heimat behandelt hat. – Eine Andere hat man am Halstuch gezerrt, als ob sie ein Stück Vieh wäre u. dies alles, Herr Innenminister, weil in einer kath. Gemeinde kath. Frauen ihre Kinder in diesen schweren Kriegsjahren zu ihren Schwestern in den Kindergarten schicken wollen. Man hat uns das nicht im Frieden angetan, sondern im schlimmsten Kriegsjahre. Unsere Männer u. Söhne stehen seit Jahren als Soldaten des Führers an der Front. Der Führer hat uns versprochen, dass unsere Religion nicht angetastet werde. Er hat unsere Männer nach dem Osten geschickt, damit sie den Bolschewismus bekämpfen, der keine Religion kennt u. kein Christentum duldet. Unsere Männer schreiben uns von der Front in ihren Briefen, wie sehr sie sich über das Beten ihrer Kinder in der Heimat freuen. Herr Innenminister, bitte lesen Sie den beiliegenden Brief meines Mannes vom 8. Aug. 1941 – inzwischen ist er am 12. Sept. 41 den Heldentod gestorben – dann verstehen Sie vielleicht am Besten unsere Entrüstung über das gemeine Vorgehen in der hiesigen Gemeinde u. über die schmachvolle Behandlung unserer Frauen. Und nun, Herr Innenminister, bitte sorgen Sie dafür, dass die Geislinger wieder *ihren* Kindergarten u. *ihre* Kinderschwestern bekommen. Darum bitte ich Sie u. mit mir alle Frauen in Geislingen, deren Männer im Felde stehen u. zum Teil schon ihr Leben oder ihre Gesundheit geopfert haben.

Den beiliegenden Brief meines Mannes schicken Sie mir bitte wieder zurück.“

Quelle: Annegret Hägele (2011): Die „Geislinger Weiberschlacht“ 1941. Frauen im Aufstand gegen die NS-Kindergartenpolitik, hrsg. von Oliver Schmid, Oliver Juriatti, Alfons Koch in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe „Geislinger Weiberschlacht“, Mössingen: Talheimer Verlag, S. 33.

P 12 Juden zur Flucht über die Schweizer Grenze verhelfen

Luise Meier und Josef Höfler

Zeitraum: Mai 1943 bis Mai 1944

Zur Person – Luise Meier

- geboren am 13. Januar 1885 in Vorhalle
- lebte als Witwe und gläubige Katholikin in Berlin
- gestorben am 26. Juni 1979 in Soest

Zur Person – Josef Höfler

- geboren am 25. September 1911 in Bietingen
- Arbeit als Schlosser in Singen
- gestorben am 1. Januar 1994 in Gottmadingen



Foto: Privatbesitz Gertrud Eisele

Luise Meier und Josef Höfler sind so genannte „stille Helden“. Sie haben zwischen Mai 1943 und Mai 1944 jüdische Flüchtlinge illegal in die Schweiz gebracht und Fluchthilfe geleistet. Heute würde man wahrscheinlich von Schleusern sprechen. Beide wollten aber verfolgten Juden helfen.

Luise Meier lebte als wohlhabende Witwe in Berlin-Grunewald. Ihr Mann war 1942 gestorben. Obwohl dies nicht sicher belegt werden kann, ist zu vermuten, dass Luise Höfler glaubte, einer ihrer Söhne sei an der Ostfront an Verbrechen gegen Juden beteiligt. Josef Höfler war als Arbeiter bei den Alu-Walzwerken in Singen am Bodensee beschäftigt, wohnte aber im wenige Kilometer entfernten Gottmadingen kurz vor der Grenze zur Schweiz. Als Arbeiter und Sozialdemokrat lehnte er das NS-Regime ab. Die Familie Höfler waren praktizierende Christen, auch Luise Meier war gläubige Katholikin. Das Fluchthilfenetzwerk bestand aus weiteren Helfern aus dem Umfeld von Josef Höfler.

Fluchthilfe wurde überlebenswichtig, nachdem die Schweiz ab 1938 Juden ohne Visum zurückwies und ab 1942 die Grenze zum Deutschen Reich endgültig geschlossen hatte. Ab 1941 galt Fluchthilfe als „Judenbegünstigung“, was in der NS-Diktatur in der Regel die Einweisung in ein Konzentrationslager zur Folge hatte.

Das Netzwerk zwischen Berlin und Bodensee entstand auf einen Impuls von außen hin. Der Schweizer Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes Jean-Edouard Friedrich wandte sich an Luise Meier und bat sie, Lotte Kahle, eine Berliner Jüdin, von Berlin aus an die Schweizer Grenze zu begleiten. Dieser Weg quer durch Deutschland war für eine Jüdin 1943 sehr gefährlich. Viele Züge wurden wegen möglicher Deserteure, Männern im

wehrfähigen Alter oder auch fluchtbereiten Juden von der Polizei kontrolliert. An der Grenze brauchten die Flüchtenden ortskundige Helfer, weil der Grenzverlauf zur Schweiz relativ unübersichtlich ist. Es ist nicht klar, wann man sich auf deutschem oder auf Schweizer Territorium befindet, wenn man sich nicht auskennt. Ein jüdischer Arzt aus dem Grenzort Stein am Rhein stellte den Kontakt zu dem ihm bekannten Josef Höfler her und so begann das Fluchthilfenetzwerk seine Arbeit.

Luise Meier fuhr mit Lotte Kahle Ende April nach Singen, dort holte sie Willy Vorwalder am Bahnhof ab und brachte sie zur Familie Höfler. Am 1. Mai spazierten Vorwalder, die Höflers mit Kind sowie Kahle getarnt als zwei Pärchen, die einen Ausflug machen, in Richtung Grenze. So wurde Lotte Kahle über die Grenze gebracht, ohne dass die deutschen Zollbeamten es bemerkten.

Das Dilemma der Fluchthilfe bestand aus einem grundsätzlichen Zielkonflikt: Die Flüchtenden wollten vor allem von der Ortskenntnis der Fluchthelfer profitieren. Die Fluchthelfer hingegen wollten das eigene Risiko minimieren und dauerhaft unerkannt bleiben. Dabei verhielten sich die Flüchtenden, unerfahren in konspirativem Verhalten, häufig unvorsichtig, nahmen oft zu viel Gepäck mit oder verrieten sich in der Aufregung selbst. Den Fluchthelfern drohte so stets große Gefahr. Im Mai 1944 schließlich scheiterte ein Fluchtversuch. Die Flüchtenden kehrten nach Singen zurück, wurden dort auffällig, deshalb verhaftet und verrieten schließlich unter Drohungen die Namen des Netzwerks.

Daraufhin wurde Josef Höfler verhaftet. Seine Familie konnte zu Verwandten über die Grenze in die Schweiz entkommen. Weil Höfler angesichts des Risikos auch Geld angenommen hatte, unterstellte man ihm niedrige kriminelle Motive, was sich in seinem Falle strafmildernd auswirkte – tatsächlich waren seine Beweggründe aber politisch, humanitär und religiös. Der Fall von Luise Meier, die lediglich Geld für ihre Unkosten angenommen hatte, landete beim Volksgerichtshof in Berlin. Dort wurde bis zum Januar 1945 ermittelt, eine Verhandlung fand aber in den letzten Kriegsmonaten nicht mehr statt. Höfler und Meier wurden im April 1945 aus dem Gefängnis befreit.

Luise Meier, die 1979 verstorben ist, erfuhr zu ihren Lebzeiten keine Anerkennung, Josef Höfler wurde 1984 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Beide wurden als „Gerechte unter den Völkern“ der Gedenkstätte Yad Vashem in Israel geehrt, weil sie halfen, Juden vor der Ermordung zu retten.



Luise Meier über ihre Arbeit als Fluchthelferin – Der Schweizer Historiker Franco Battel über Josef Höfler

Zu Luise Meier: „Ich habe 28 Menschen zur Flucht über die Schweizer Grenze verholfen. Geld oder Schmuck als Gegenleistung für meine Hilfe nahm ich niemals an. Meine Ausgaben für Reisen und anderes in Zusammenhang mit meiner Tätigkeit wurde von denen gedeckt, denen ich habe helfen können. Sie alle verfügten über

genügend finanzielle Mittel. Ich hatte keine Verbindung zu irgendeiner Organisation, niemand stand ‚hinter mir‘. Mein einziger Kontakt war Herr Höfler und sein jeweiliger Helfer.“

Quelle: Bericht Luise Meier, Assistance to Jews escaping from Germany, 1955, Yad Vashem, Wiener Library 193, Bl. 15, zitiert nach: Schoppmann, Claudia (2003): „Fluchthilfe in die Schweiz“ in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer. München: C.H.Beck, S. 205.

Zu Josef Höfler: „Auch auf Josef Höfler wurde nach dem Krieg mit dem Finger gezeigt. Als er sich nach dem Krieg beim badischen Finanzministerium um eine Haftentschädigung und den Ersatz von Schäden an Eigentum und Vermögen bemühte, wurde ihm dies vorerst verweigert. Das Ministerium begründete seinen Entscheid damit, Höfler habe für seine Hilfe eine nicht unerhebliche Vergütung erhalten, und kam deshalb zum Schluss, dass dadurch die Voraussetzung für eine Wiedergutmachung nicht gegeben sei. Erst ein Prozess gegen diesen Entscheid brachte Höfler eine Entschädigung, die allerdings nicht zu viel mehr ausreichte, als die durch den Prozess verursachten Anwaltskosten zu decken.

als sie Lotte Kahle zur Grenze führten, ihr Töchterchen im Kinderwagen mit dabei, um dadurch der Tarnung als Sonntagsspaziergang mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Auch dass sich Josef Höfler dazu erweichen ließ, Lotte Kahles Freund über die Grenze zu helfen, obwohl er vom höheren Risiko in diesem Fall wusste, spricht gegen das Motiv, [...] Das erwähnte Beten Elise Höflers vor Lotte Kahles Flucht lässt dagegen auf religiöse Motive schließen. Auch Lotte Kahle ging davon aus, dass bei den Höflers religiöse Motive die entscheidende Rolle spielten.

Dabei lässt sich gerade zu den Höflers mit einiger Gewissheit sagen, dass das Geld nicht der zentrale Antrieb war, Fluchthilfe zu leisten. Wären die Höflers vor allem aufs Geld ausgewesen, hätten sie wohl kaum die ganze Familie, einschließlich ihres Kindes, zum Wohl anderer in Gefahr gebracht. Genau dieser Gefahr setzten sie sich aber aus,

Josef Höfler selbst hat später die Mitmenschlichkeit als sein Hauptmotiv bezeichnet. Zudem dürften bei ihm [...] politische Motive von Bedeutung gewesen sein, Fluchthilfe zu leisten und damit der Hitler-Diktatur entgegenzuwirken.“

Quelle: Franco Battel (2001): „Wo es hell ist, dort ist die Schweiz“. Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus, Zürich: Chronos-Verlag, S. 223.

P 13 Häftlingen im Konzentrationslager helfen Familie Horber

Zeitraum: März 1944 bis März 1945

Zur Person – Ottmar Horber

- ▶ geboren am 11. November 1890 in Böhringen bei Radolfzell
- ▶ Arbeiter in einer Eisengießerei
- ▶ gestorben am 10. Januar 1966 in Neckarelz

Zur Person – Eva Horber

- ▶ geboren am 29. September 1895 in Neckarelz
- ▶ Hausmeisterin an der Volksschule Neckarelz
- ▶ gestorben am 12. April 1955 in Neckarelz

Zur Person – Ilse Horber (später Pusch)

- ▶ geboren am 17. Oktober 1922 in Neckarelz
- ▶ Arbeit in einem Milch- und Käsegeschäft
- ▶ später Hausmeisterin an der Grundschule Neckarelz
- ▶ gestorben am 23. Juli 2011 in Mosbach



Bild: © KZ-Gedenkstätte Neckarelz (mit freundlicher Genehmigung der Familie Pusch/Horber)

Als im März 1944 KZ-Häftlinge in der Grundschule in Neckarelz untergebracht wurden, blieb die Hausmeisterfamilie Horber im Dachgeschoss wohnen. Trotz Kontaktsperrre und Drohungen des Wachpersonals half die Familie den Gefangenen auf vielfältige Weise. Bei der Evakuierung des Lagers Ende März 1945 versteckten sie vier der Häftlinge.

Die Hausmeisterfamilie Horber bestand aus vier Personen. Ottmar Horber war 54 Jahre alt, gelernter Maurer und arbeitete in der Eisengießerei am Ort. Seine Frau Eva war als Hausmeisterin der Volksschule bei der Gemeinde angestellt. Mit im Haus lebte die unverheiratete 22-jährige Tochter Ilse mit ihrem zweijährigen Sohn Hans-Peter. Ilse arbeitete in einem Milch- und Käsegeschäft. Mit Politik beschäftigten sich die Horbers nicht, dem NS-Regime standen sie nicht ablehnend gegenüber. Ilse Horber war wie ihre Altersgenossinnen beim BDM (Bund Deutscher Mädel) und empfand dies als die schönste Zeit ihres Lebens. Im Frühjahr 1944 wurde die Familie Horber aufgefordert, sich eine neue Bleibe zu suchen, weil Soldaten einquartiert werden sollten. Da so schnell keine Wohnung zu finden war, blieben sie aber in der Schule.

Am 15. März kamen dann keine Soldaten, sondern 500 Männer aus dem KZ Dachau, die als Zwangsarbeiter in einem nach Neckarelz verlagerten Flugzeugmotorenwerk des Daimler-Benz-Konzerns unter Tage eingesetzt wurden. Beim Anblick der eintreffenden Elendsgestalten in ihren zerlumpten Häftlingsuniformen war die Familie Horber schockiert. Ilse Horber hatte Angst vor den „Verbrechern“, für die sie die Häftlinge zunächst hielt. In den nächsten Tagen bauten diese einen Stacheldrahtzaun um das Gelände und Pritschen, die in den Klassenzimmern aufgestellt wurden. Die Schule war nun ein Konzentrationslager. Die Belegung steigerte sich auf zeitweise bis zu 1.000 Männer.

Die Wachleute gaben der Familie Horber strikte Anweisungen. Sie durften keinerlei Kontakt zu den Häftlingen aufnehmen, nicht durch die Fenster auf den Innenhof blicken und im Ort kein Wort über die Vorgänge verlieren. Die Horbers sahen die Gewalt mancher Wachmänner gegenüber den Insassen. Es kam zu ersten vorsichtigen Annäherungen. Von deutschen Funktionshäftlingen erfuhren die Horbers, wer die internierten Männer aus verschiedenen Ländern wirklich waren und welch schwere Arbeit sie in der Rüstungsfabrik verrichten mussten. Die an sich unpolitischen Horbers erlebten nun eine bisher nicht wahrgenommene Seite des NS-Regimes, die sie verstörte. Sie waren der Meinung, dass man Menschen nicht so behandeln dürfe und mit der Zeit versuchten sie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Dabei gingen sie immer mehr Risiken ein.

Sie luden die Frau des Lagerältesten Emil Schmitt ein, der als Kommunist schon in den 1930er-Jahren inhaftiert worden war, und gaben sie als eine Verwandte aus. Für die Schmitts war dies das erste Wiedersehen nach vielen Jahren. Außerdem merkten die Horbers, dass die Wachleute mit dem Prügeln von Häftlingen aufhörten, wenn ein Familienmitglied auftauchte, was sie nun bisweilen absichtlich taten, wenn sie im Haus Schreie hörten. Manchmal trugen sie auch dem kleinen Hans-Peter auf, mit Äpfeln auf Häftlinge zu schmeißen. Was wie ein Spiel aussah, sollte in Wirklichkeit den Gefangenen das Obst zuführen. Ilse Horber versorgte überdies die Ärzte und Patienten des Krankenreviers mit Milch, Butter und Eiern, wenn sie bei sich im Geschäft etwas ergattern konnte.

Das größte Risiko ging die Familie bei der Evakuierung des Lagers Ende März 1945 ein. Vier Häftlinge hatten sich im Schulgebäude versteckt. Die Horbers entschieden, sie nicht zu melden, obwohl sie mit Kontrollen rech-

nen mussten. Tatsächlich durchsuchte ein Wachsoldat das Gelände. Nachts brachte Otmar Horber die Männer zu einem nahegelegenen Schuppen. Dort wurden sie bis zum Eintreffen der Amerikaner am 2. April versteckt und mit Essen versorgt.

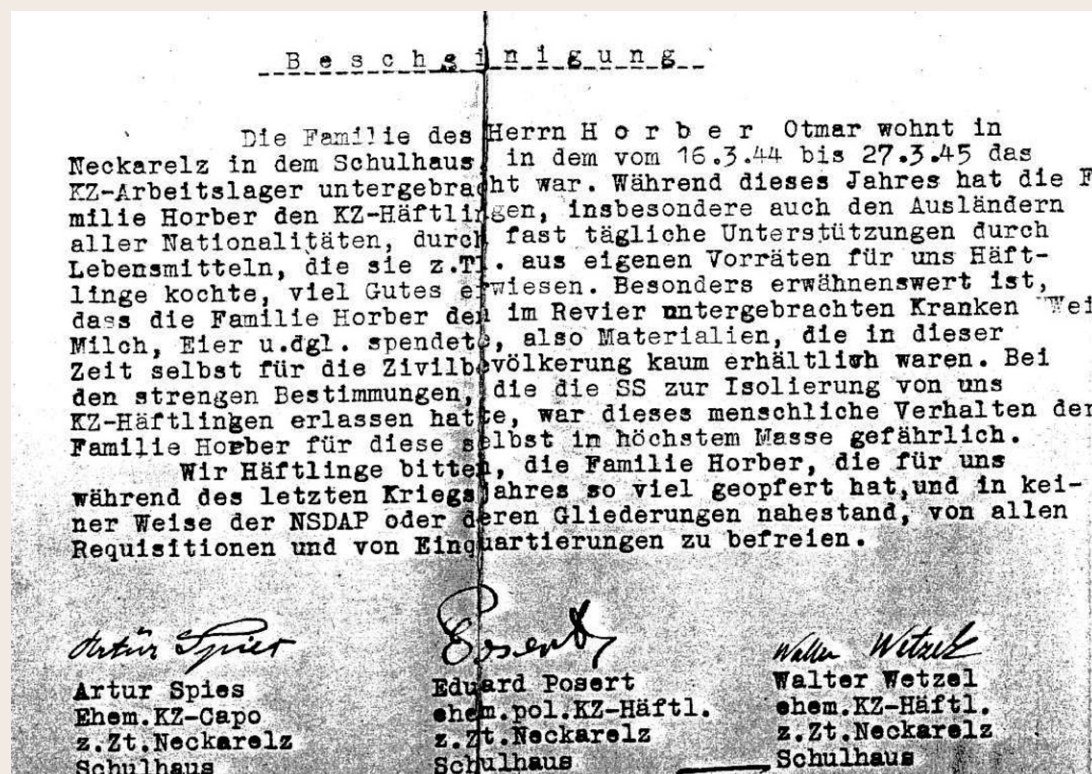
Nach dem Krieg wurde im Ort nicht über die Ereignisse gesprochen. Auch die Horbers erzählten nichts über ihre Erlebnisse. Sie erhielten aber regelmäßig Post und manchmal Besuch von ehemaligen Häftlingen, die der Familie sehr dankbar waren. Ilse Horber wurde nach der Wiederaufnahme des Schulbetriebs selbst Hausmeisterin. Ihr Schweigen brach sie erst 50 Jahre nach der Eröffnung des Konzentrationslagers bei einer Feierstunde des Gedenkstättenvereins Neckarelz. Ab diesem Zeitpunkt erzählte sie auch öffentlich von ihrer Familie und dem KZ im Schulhaus. Als „heldenhaft“ hat sie die Haltung ihrer Familie nie empfunden.



Aussage von Ilse Pusch (geb. Horber) bei einer Veranstaltung am 16. Dezember 2004 in der Grundschule Neckarelz über die ehemaligen KZ-Häftlinge:

„Für uns waren das nur ‚die Männer‘. Im Ort hat’s geheißt, die Zuchthäusler oder die Gefangenen, die Häftlinge, alles Mögliche haben sie gesagt gekriegt. Also bei uns in der Familie waren es nur die Männer.“

Auszug aus einer Bescheinigung von ehemaligen KZ-Häftlingen über die geleistete Hilfe der Familie Horber



P 14 Ein Kind im KZ Buchenwald retten Willi Bleicher

Zeitpunkt: Sommer 1944

Zur Person

- ▶ geboren am 27. Oktober 1907 in Bad Cannstatt
- ▶ Ausbildung zum Bäcker und später Arbeit bei Daimler in Stuttgart
- ▶ Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- ▶ nach 1933 Mitglied der Widerstandsgruppe „Neckarland“
- ▶ im Januar 1936 von einem Spitzel angezeigt und bis 1945 in Haft
- ▶ ab Oktober 1938 im KZ Buchenwald interniert und dort Kapo in der Effektenkammer
- ▶ 1959 bis 1972 Leiter der IG Metall Baden-Württemberg
- ▶ gestorben am 23. Juni 1981 in Stuttgart

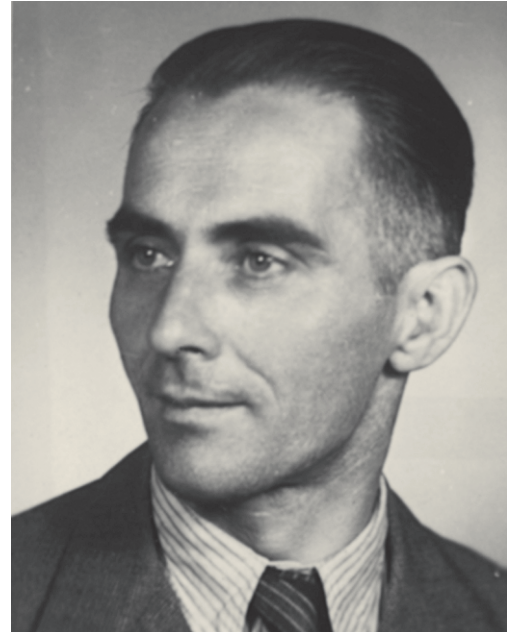


Foto: privat

„Er war Christ, aus Überzeugung Kommunist und stammte aus Stuttgart.“ So charakterisierte der Holocaust-Überlebende Zacharias Zweig den Mann, der maßgeblich zur Rettung seines Sohnes im Konzentrationslager Buchenwald beigetragen hatte: Willi Bleicher.

Der gelernte Bäcker, der mit 20 Jahren zum Autobauer Daimler in Stuttgart wechselte, in den Metallarbeiter-Verband und die Kommunistische Partei eintrat, war ein NS-Gegner der ersten Stunde. Als Mitglied der linken Widerstandsgruppe „Neckarland“ wurde er im Januar 1936 von einem Spitzel verraten und blieb bis zum Ende der NS-Herrschaft in Haft, im Gefängnis in Ulm, im KZ Welzheim und ab Oktober 1938 im KZ Buchenwald.

In Buchenwald wurde Bleicher Kapo (Funktionshäftling) der Effektenkammer, wo die Häftlingsuniformen ausgegeben wurden. Im Sommer 1944 kamen in einem Transport mit jüdischen Häftlingen aus Polen, die neu eingekleidet werden mussten, auch der Rechtsanwalt Zacharias Zweig und sein dreijähriger Sohn Stefan Jerzy nach Buchenwald. Willi Bleicher zeigte sich sofort entschlossen, das Kind als ein Symbol des Widerstandes gegen Hitler zu retten. Die Aktion war unter den politischen Häftlingen, die eine geheime Widerstandsgruppe etabliert hatten und die Häftlingsverwaltung kontrollierten, umstritten.

Die Häftlinge in seinem Arbeitskommando unterstützten ihn jedoch und kümmerten sich rührend um den kleinen Stefan. Er war ständiger Bewohner des deutschen Blocks, der neben der Effektenkammer lag. Die Häftlinge nähten sogar Kleidung für ihn. Willi Bleicher spielte mit ihm, wenn er vorbei kam.

Diese Situation war jedoch nicht von Dauer. Ende August 1944 erging der Befehl der SS-Führung, alle nicht arbeitsfähigen Juden, Sinti und Roma zur Vernichtung nach Auschwitz zu deportieren. Die Lagerführung in Buchenwald setzte Stefan Zweig zusammen mit 199 anderen Kindern und Jugendlichen auf die Transportliste für den 26. September. Willi Bleicher und seine Kameraden versuchten zunächst vergeblich, den Kleinen im Krankenrevier unterzubringen. Erst eine halbe Stunde vor Abfahrt gelang es, ihn und elf andere als vermeintlich krank ins Krankenrevier zu bringen. In der Transportliste waren ihre Namen, vermutlich von den politischen Funktionshäftlingen der Schreibstube, durch andere ersetzt worden. Der Transport bestand jetzt ausschließlich aus jugendlichen Sinti und Roma.

Der Junge konnte bis zur Befreiung des Lagers von weiteren Transportlisten gestrichen und versteckt werden. Willi Bleicher jedoch wurde wegen einer illegalen Zusammenkunft ins Polizeigefängnis nach Weimar gebracht und dort schrecklich gefoltert. Danach wurde er im Zuchthaus interniert und kurz vor Kriegsende auf einen Todesmarsch getrieben. Anfang Mai wurde er im Erzgebirge mit wenigen anderen Überlebenden von US-Soldaten gerettet.

Nach dem Krieg engagierte sich Bleicher als Gewerkschafter; in den 1950er-Jahren stieg er an die Spitze der IG Metall in Baden-Württemberg auf. Für die Rettung des kleinen Stefan Jerzy Zweig wurde Willi Bleicher von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.



Auszüge aus einem 1980 veröffentlichten Interview mit Willi Bleicher

„Wie lange konnten Sie [im Kommando der Effektenkammer] bleiben?“

Bis zum 28. Oktober 1944. Dann wurde ich verhaftet. Ich hatte nämlich einen kleinen jüdischen Jungen von drei Jahren, der von seinem Vater ins Lager gebracht worden war, auf der Effektenkammer versteckt.

„Weil Sie wussten, dass er eventuell nach Auschwitz gebracht werden würde?“

Er wäre ganz sicherlich nach Auschwitz gebracht worden.

„Und Sie wussten damals im Lager schon, was in Auschwitz geschah?“

Ja, nicht aber das Ausmaß. Ein anderer Häftling hatte mir erzählt, dass dort die Kinder vergast bzw. mit dem Kopf an die Wand geschlagen würden.

„Eugen Kogon, der auch in Buchenwald war, beklagt ja in seinem Buch „Der SS-Staat“, das er 1945 und 1946 geschrieben hat, dass die Deutschen nichts vom KZ wissen wollten. Haben Sie das damals auch so erlebt?“

Ja, sicher. Wir haben nie unsere Vergangenheit bewältigt. Immer hieß es: „Das ist alles übertrieben und nicht wahr.“ Ich habe nie gern in der Öffentlichkeit über meine Erlebnisse im KZ gesprochen, ganz einfach deshalb, weil die meisten es nicht geglaubt haben. Ich erinnere mich noch, wie ich bald nach Kriegsende das erste Mal auf einer verhältnismäßig großen Versammlung über meine Erlebnisse im KZ Buchenwald sprach. Es war in Stuttgart-Degerloch. [...] Ich sah bei meinen Zuhörern teils ungläubige, teils spöttische Gesichter [...]; und ich habe danach zehn, nein zwanzig Jahre nicht mehr in der Öffentlichkeit über meine Erlebnisse gesprochen.

Die Leute haben es nicht geglaubt. Sie konnten gar nicht fassen, was ein Mensch alles auszuhalten imstande ist. Meine Zuhörer damals waren ja fast alles ehemalige Soldaten, die im Feld gestanden hatten und in der Kriegsgefangenschaft waren. Sie verglichen nun ihr Schicksal mit dem meinen. [...] Sie sahen nicht die Unterschiede. Sie konnten nicht begreifen, dass Solidarität etwas Herrliches ist. Wir sprachen in Buchenwald ja nicht von Genossen, sondern von Kumpeln. Der Kumpel im Bergwerk steht ja ständig mit dem Tod auf Du und Du, und so sagt dieser Begriff viel mehr als das Wort Genosse. Der einfache Arbeiter, der wusste im Lager, worauf es ankommt, er wusste, dass Verrat das Schlimmste war, was einem Kumpel passieren konnte. Ihm war klar, dass er Kraft brauchte, und diese Kraft zog er aus seiner humanistischen Weltanschauung. Er stand ganz anders da als der Landser im Feld, wo doch mehr oder weniger jeder sich selbst der Nächste war. [...]

Bei uns herrschte ideologische Klarheit. Wir hofften, dass der Faschismus eines Tages untergehen werde, und das hielt uns aufrecht. Unsere Hoffnung ging in Erfüllung, während die des Landsers, nämlich den Krieg zu gewinnen, zuschanden wurde. Der stand bei Kriegsende vor einem Scherbenhaufen und musste begreifen, dass alle Opfer und sein Einsatz an Leben sinnlos waren, dass seine Heimat zerstört und seine Familie zerrissen war.

„Nun gab es aber sicherlich auch viele Gefangene, die wohl humanistisch eingestellt waren, die aber trotzdem im Lager zugrunde gingen. Ich könnte mir vorstellen, dass es bei Ihnen vor allem die politische Einstellung war, die Ihnen geholfen hat.“

Natürlich. Das eine ergibt das andere. Hinzu kommt, dass ich noch verhältnismäßig jung war. Ich war 31 Jahre alt, als ich nach Buchenwald kam.“

Quelle: „Keinen Augenblick im Leben darf man das Gefühl für Humanität und Hilfsbereitschaft verlieren.“ Interview mit Willi Bleicher. in: Bettina Wenke (1980): *Interviews mit Überlebenden. Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland*, Stuttgart, S. 98-119.

P 15 Ein jüdisches Ehepaar verstecken Hildegard Spieth

Zeitraum: Februar bis April 1945

Zur Person

- ▶ geboren am 23. Juli 1919 in Stuttgart
- ▶ Besuch eines Mädchengymnasiums und einer Diakonieschule
- ▶ 1941 Heirat und Mitarbeit bei der kirchlichen Jugendarbeit
- ▶ ab 1941 Hauptverantwortung für das Pfarramt, da ihr Mann Kriegsdienst leisten musste
- ▶ gestorben am 10. April 1999 in Fellbach



Bild: © Privatbesitz/Reproduktion Gedenkstätte Deutscher Widerstand

In den letzten beiden Wochen des Krieges rettete die 25-jährige Pfarrersfrau Hildegard Spieth, geborene Wolpert, dem jüdischen Ehepaar Max und Ines Krakauer das Leben. Sie war damit das letzte Glied in der württembergischen „Pfarrhauskette“, die den Krakauers über fast zwei Jahre Unterschlupf und Verpflegung gewährt und sie damit vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten bewahrt hatte.

Hildegard Wolpert, die am 23. Juli 1919 in Stuttgart geboren wurde, wuchs in einem protestantisch geprägten Elternhaus auf. Sie besuchte das Mädchengymnasium Katharinenstift und anschließend eine Diakonieschule. 1941 heiratete sie Helmut Spieth, der seit 1936 Pfarrer in Stetten im Remstal war. Mit ihm zusammen kümmerte sie sich um die kirchliche Jugendarbeit. Als er 1941 erneut zur Wehrmacht eingezogen wurde, trug sie allein die Verantwortung für das Pfarramt und das erste gemeinsame Kind. Gegen Kriegsende wurde ein Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrats Stuttgart mit seiner Familie als Ausgebombte im Pfarrhaus einquartiert, was zusätzliche Pflichten bedeutete.

In dieser Situation fragte im Februar 1945 der Weissaacher Pfarrer Otto Mörike bei Hildegard Spieth an, ob sie für ein paar Tage ein untergetauchtes jüdisches Ehepaar aufnehmen würde. Sie habe damals gar nicht gewusst, dass es noch Juden in Deutschland gab, erinnerte sie sich viele Jahre später. Obwohl ihr die Gefahr bewusst war, sagte sie nach einem Gespräch mit den Eltern und im Bewusstsein, dass ihr Mann ähnlich gehandelt hätte, zu. Auch die Mitbewohner wurden verständigt, reagierten jedoch eher ablehnend. Dennoch bewahrten sie Stillschweigen, als das jüdische Ehepaar Ines und Max Krakauer am 10. April im Pfarrhaus eintraf. Unter dem Decknamen Ackermann gab man sie als Evakuierte, als „Bombengeschädigte aus Berlin“ aus.

Hildegard Spieth war es ein Anliegen, den von über zwei Jahren Flucht erschöpften Eheleuten ein Gefühl von Normalität und Sicherheit zu geben. Dabei war die Gefahr, enttarnt zu werden, im Dorf viel höher als in der Anonymität einer Großstadt. Brenzlich wurde die Situation, als noch kurz vor der Ankunft der Amerikaner ein Wehrmachtsoffizier im Pfarrhaus erschien und die Einrichtung eines Verbandsplatzes im Keller ankündigte. Daraufhin baten die einquartierten Stuttgarter Mitbewohner Hildegard Spieth darum, die jüdischen Flüchtlinge wegzuschicken. Diese war sich der gefährlichen Lage durchaus bewusst, erkannte aber auch die Lebensgefahr für das Ehepaar Krakauer und weigerte sich entschieden. Sie betonte, dass sie die alleinige Verantwortung für das Haus trage. Die Einquartierung der deutschen Soldaten kam dann nicht mehr zustande, weil die amerikanischen Truppen bereits am 21. April in Stetten einzogen. Damit hatte die Zeit der Angst und Gefahr für die Krakauer, aber auch für Hildegard Spieth ein Ende.

Helmuth Spieth kehrte 1948 aus der Kriegsgefangenschaft zurück, 1952 zog die Familie nach Fellbach, wo Spieth zum ersten Pfarrer an die Lutherkirche berufen wurde. Hildegard Spieth sorgte für die auf sieben Köpfe anwachsende Familie und unterstützte darüber hinaus die Arbeit ihres Mannes im Pfarrhaus. Dort lebte sie bis zu ihrem Tod 1999. Für Ihren Mut während der letzten Kriegstage wurde sie 1979 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Seit 2008 wird in der „Gedenkstätte Stille Helden“ in Berlin an sie erinnert. Max Krakauer verfasste nach der Befreiung ein Erinnerungsbuch, mit dem er seinen vielen Helferinnen und Helfern ein literarisches Denkmal setzte.



Auszug aus Interviews von Ebbe Kögel mit Hildegard Spieth in den Jahren 1995 und 1996

„Mein Mann hatte 1942 vierzehn Tage Urlaub gehabt. Da meine Mutter von Altensteig gebürtig war, sind mein Mann und ich dort 10 Tage gewesen. Als wir mit dem Zug zurückgefahren und in Stuttgart angekommen sind, sahen wir auf dem Nachbarbahnsteig dicht gedrängt eine große Menge von Leuten. Das waren alles Juden mit den Judensternen, teilweise in Rollstühlen. Auch jüdische Krankenschwestern waren dabei. Sie wurden bewacht von einem großen Aufgebot an SS-Leuten mit Megaphonen: ‚Nicht stehen bleiben! Weitergehen! Wei-

tergehen!‘ wurden die Reisenden auf den anderen Bahnsteigen angeschrien. Oben auf dem Killesberg war die Sammelstelle. Von dort wurden sie an den Bahnhof und dann weiter transportiert. Und zwar mit Bettzeug und Taschen. Sie meinten ja alle, sie kommen wieder heim, irgendwann einmal. Kinder waren auch dabei. Das war 1942. Wir waren tief erschüttert.“

Quelle: Peter Haigis (2017): „Hildegard Spieth (1919–1999) – die Stettener Pfarrfrau rettete zwei Juden das Leben“ in: Borgstedt, Angelika, Thelen, Sibylle und Weber, Reinhold (Hrsg.): Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten. Stuttgart, S. 253/254.

Aus den Erinnerungen Max Krakauers (1947)

„Wir saßen fest; noch einmal boten die Ereignisse unserer Wanderschaft Halt. Da erschien eine sehr junge Dame im Dekanat, die uns als Frau Pfarrer Sp. aus Stetten vorgestellt wurde. Als Dekan Z. ihr erzählte, dass wir in diesen kritischen Tagen gerne zusammenbleiben wollten, erklärte sie sich bereit, nicht nur meine Frau, sondern uns beide bei sich aufzunehmen – für eine Woche. Eine Woche, nicht nur einen Tag! Bis dahin würde sich alles entscheiden. Wenn es uns gelang, diese acht Tage zu überstehen, waren wir gerettet.

Von Dekan Z. persönlich geleitet, zogen wir mit dem Handwagen los, da wir in der Schlussphase unser Gepäck gern bei uns behalten wollten. [...] In Stetten wurden wir von der jungen Pfarrersfrau mit unbeschreiblicher Herzlichkeit aufgenommen, als ob unserer Flucht ein besonders schöner und begünstigender Abschluss gegeben werden sollte. Aus einer Woche waren schon fast zwei geworden. Nur langsam schob sich die Front näher. Immer unschlüssiger wurden wir, was wir tun sollten. Einerseits wollten wir weiter, zum anderen zögerten wir, da die Kämpfe täglich, ja stündlich über uns hinweggehen konnten. Die Vorräte in dem Eineinhalb-Personen-Haushalt schmolzen sichtlich zusammen. [...]

Um die Mitternacht vom 20. zum 21. April trommelte es [...] gegen die Tür des Stettener Pfarrhauses. Deutsche Ärzte und Offiziere zogen ein, doch nur für eine halbe Stunde, dann wurden sie wieder alarmiert. Die Amerikaner mussten dicht hinter ihnen sein. Die Stimmung im Hause bei der plötzlichen Einquartierung ließ uns erkennen, dass unsere Anwesenheit den übrigen Bewohnern nicht sehr angenehm war. Menschlich begreiflich, auch ihre Nerven fieberten. Als sie aber von der Pfarrersfrau verlangten, sie solle uns am nächsten Morgen wegschicken, weigerte sie sich ganz entschieden und erklärte, das sei ihr Haus, für das sie allein die Verantwortung trage. Solch fester Hilfsbereitschaft vieler Menschen verdanken wir unser Leben.“

Quelle: Max Krakauer (2012): Lichter im Dunkel, © Calwer Verlag GmbH, Stuttgart, 3. Auflage, Seiten 126–128.

P 16 Den Endkampf verweigern Sofie Schlegel und die „Pfullinger Weiber“

Zeitpunkt: Ende April 1945

Zur Person

- geboren am 31. Dezember 1887
- Inhaberin einer Wäscherei und später einer Badeanstalt in Pfullingen
- Tod des Ehemanns im Ersten Weltkrieg
- 1941 Ermordung der Tochter Marianne im Euthanasieprogramm
- 1943 Tod eines Sohnes an der Ostfront
- gestorben am 17. Januar 1958 in Pfullingen



Foto: erschienen am 20. April 1985 im Reutlinger Generalanzeiger; Fotograf unbekannt (Sofie Schlegel rechts im Bild).

In Pfullingen haben mehrere mutige Frauen, darunter die Protagonistinnen Luise Walker, Helene Nuoffer und Sofie Schlegel, in den Tagen vom 20. bis 22. April 1945 Panzersperren weggeräumt, gegen die NS-Machthaber demonstriert und den Ort friedlich den französischen Befreiern übergeben. Diese werden seither als die „Pfullinger Weiber“ bezeichnet.

Viele Orte standen am Kriegsende vor der Wahl: verteidigen oder kampfflos übergeben? Der Großteil der kriegsmüden Bevölkerung war zweifellos für die kampflose Übergabe, doch gab es vielerorts nach wie vor Abteilungen des Volkssturms, ergänzt um junge Mitglieder der bewaffneten Hitler-Jugend (sogenannte „Werwölfe“), die auf Befehl der NS-Verantwortlichen vor Ort sinnloses Blutvergießen und große Zerstörungen in Kauf nahmen, um das Leben des NS-Regimes einige Tage zu verlängern und (längst sinnlos gewordene) strategische Positionen zu halten.

Einer dieser Orte war Pfullingen, eine bis dahin weitgehend unbeschädigte Stadt am Fuße der Schwäbischen Alb. Dort spielten sich unmittelbar vor Kriegsende dramatische Szenen ab, die zeigen, dass auch in der allerletzten Kriegsphase noch Widerstand möglich, aber auch nötig war. Mit Panzersperren wollte die örtliche NS-Spitze verhindern, dass die Alliierten weiter auf die Schwäbische Alb vorrückten. Am 19. April 1945 war in Pfullingen mit Julius Kieß noch kurz vor Kriegsende ein neuer partei- und linientreuer Kampfkommandant eingesetzt worden. Er drohte jedem, der seinen Befehlen zuwiderhandelte, mit dem Standgericht. Der amtierende Bürgermeister Broß war zwar für eine kampflose Übergabe der Stadt, doch gab es in Pfullingen zunächst keine zivilgesellschaftliche Bewegung wie in anderen Städten, die stark genug gewesen wäre, gegen die NS-Machthaber vorzugehen.

Während man die heranrückende Front schon hören konnte, begannen am 20. April circa 150 Frauen damit, die drei an strategischen Punkten installierten primitiven Panzersperren abzuräumen. Ein Eisenbahnwaggon, dessen Bremsen gelöst wurden, wurde weggeschoben, Baumstämme, aufgestapelte Bordsteine und Holzprügel wurden abgeräumt. Diese Aktion war nicht ungefährlich, da die Panzersperren bewacht wurden. Zusätzlich wurden einige Jungen der HJ aus dem benachbarten Reutlingen zu Hilfe gerufen. Sie hielten sich überwiegend zurück, aber dennoch kam es zu Gewalt gegen die protestierenden Frauen. Ein übermotivierter Hitlerjunge versetzte Luise Walker einen Stoß mit dem Gewehrkolben gegen den Kopf, sodass diese blutete.

Die aufgebrachten Frauen zogen am Nachmittag zum Rathaus und verlangten Julius Kieß zu sehen. Schnell hatte sich eine Menge von 800 bis 1.000 Menschen dort versammelt. Diese waren getrieben von der Sorge, dass eine weitere Verteidigung zu sinnlosen Zerstörungen führen könnte. Gegen die Frauen, die immer wieder „Kieß raus“ skandierten, setzte der Kampfkommandant die Feuerwehr ein. Sie sollte die unerwünschte Menschenmenge mit Wasser auseinandertreiben. Dieser Versuch scheiterte aber daran, dass die Schläuche der Feuerwehr von anwesenden Pfullingern während des Einsatzes auseinandergeschraubt wurden. Mehrere Frauen verschafften sich Zugang zum Büro des Kommandanten. Dieser drohte, sie zu erschießen, und zog seine Pistole, um an den mutigen Frauen aus Pfullingen ein Exempel zu statuieren. Allerdings feuerte er die Waffe nicht ab, sondern flüchtete durch ein Fenster aus dem Rathaus. Erst als bekannt wurde, dass Kieß geflohen war, löste sich die Demonstration vor dem Rathaus auf.

Als sich die Pfullinger Frauen am 21. April erneut an den Panzersperren zu schaffen machten, reagierten die verbliebenen Kräfte des NS-Regimes nicht mehr: Der Eisenbahnwaggon wurde weggeschoben, die anderen Sperren waren bis zum Abend weitgehend beseitigt. An diesem Abend erschien die Pfullingerin Sofie Schlegel, Betreiberin einer Wäscherei im Ort, in einem weißen Kleid und wollte so den anrückenden Franzosen entgegengehen, um die Stadt kampfflos zu übergeben. Sofie Schlegel hatte im Ersten Weltkrieg ihren ersten Mann verloren, 1943 fiel einer ihrer Söhne an der Ostfront und

ihre Tochter Marianne wurde im Januar 1941 im Rahmen des Euthanasie-Programms ermordet. Die Franzosen kamen aber erst am 22. April. An diesem Sonntag war es ein weiteres Mal die mutige Sofie Schlegel, die in ihrem weißen Kleid den französischen Panzern entgegen ging. Andere Pfullingerinnen schlossen sich ihr mit weißen Tüchern an und übergaben ihre Stadt auf diesem Wege kampfflos. Die gefährliche Situation in Pfullingen war dank des heldenhaften Einsatzes der „Weiber von Pfullingen“ ohne Zerstörung und Blutvergießen beendet worden.



Auszüge aus einem Gedicht von Sofie Schlegel zu den Ereignissen in Pfullingen

- IV
Herr Kieß wollte ja die Stadt vorm Feind verteidigen,
Unser lobenswerter Bürgermeister Broß wollte das nicht!
Frau Louise Heyd ging auf das Rathaus zu Herrn Kieß
und sagte diesem Kommandanten ins Gesicht:
- V
Sie Reingeschmeckter wollen unsere Stadt gefährden!
Vier meiner Söhne stehen an der Front!
Gehen Sie mal an die Front! Dort draußen können Sie
fechten!
Heut wird für Sie das Leben nicht geschont!
- VI
Die Frauen schrien vor dem Rathaus
Wir wollen keine verschossene Stadt!
Wir wollen friedlich uns ergeben,
damit man endlich wieder Ruhe hat.
- VIII
Am hintern Teile von dem Rathaus,
Da stieg Herr Kieß zum Fenster hinaus
Die Frauen hätten ihm den Rücken gebläuet
Wenn er zur vorderen Tür wäre heraus!
- IX
Am 20.4. mittags 3 Uhr sah man die Frauen
mit Waldsäg, Pickel und Axt
die Gönninger Straße zu befreien
Von der Panzersperre Last
- XI
Sofie Schlegel zum Organisieren berufen
Sie stellte im weißen Kleide sich ein
Und teilte die Frauen in zwei Haufen
für die Hauptstraße und die Gönninger Straße ein.
- XII
Zwei Stunden stand sie vor der Stadt im weißen Kleid
Die Arme in die Höhe gehoben
Sobald der Feind auf der Hauptstraße erscheint
Hätt sie ihre Bitte gewogen:
- XIII
Wir wollen friedlich ergeben die Stadt
[...]
- XVI
Die untere Stadt auch sehr geschäftig
Die Frauen zogen die Hosen an –
Sie lösten die Winden am Eisenbahnwagen
versenkten sie an der Graben Rand.
- XVII
Der Wagen sollte als Sperre dienen
Flugs ließen sie ihn in das Tal hinab
[...]
- XVII
Doch sieh! Drei Franzosen trugen dies alles hin
zu ihrem Kommandant wie ein Sender
- XIV
Er ließ den Befehl erteilen
der donnernden Artillerie
Die Stadt Pfullingen darf nicht beschossen werden
Um der Frauen willen verschonet sie!

Quelle: Stadtarchiv Pfullingen, StAPf (A 289).

AB3 Widerstand und NS-„Volksgemeinschaft“



Erkläre mit Hilfe des Textes, welche Ziele das NS-Regime mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ erreichen wollte.

„Die ‚Volksgemeinschaft‘ war ein attraktives, auf die Zukunft hin ausgerichtetes Leitbild. Obgleich dieses letztlich eine Utopie blieb, schuf die Propagierung der ‚Volksgemeinschaft‘ eine beträchtliche soziale Bindekraft. So verharrten die meisten Deutschen bis zum bitteren Ende der NS-Herrschaft in Treue zur ‚Volksgemeinschaft‘ und zu ihrem ‚Führer‘.

Als völkisches bzw. rassistisches Konstrukt definierte das Regime [...], wer unabänderlich zu dieser exklusiven ‚Volksgemeinschaft‘ gehörte und wer nicht. Die ‚Volksgemeinschaft‘ hatte [...] sowohl eine integrative als auch eine ausgrenzende Seite. Denen, die dazugehörten, versprach sie das Wohlgefühl einer großen Gemeinschaft, in der jeder an seinem Platz akzeptiert und versorgt war. Wer ihren völkisch definierten Bedingungen dagegen nicht entsprach, wurde grundsätzlich ausgegrenzt.

Quelle: „Anständig gehandelt“ – Widerstand und Volksgemeinschaft 1933-45, Katalog zur Ausstellung im Haus der Geschichte 9. Mai 2012-31. März 2013, Stuttgart 2012, S. 10-11.

Und wer sich nicht einordnen wollte, von Staatsseite zum ‚Staats-‘ oder ‚Volksfeind‘ erklärt wurde, die ‚Volksgemeinschaft‘ angeblich schädigte oder bedrohte, [...] wurde schließlich als ‚Volksschädling‘, ‚Volksverräter‘ oder ‚Volksfremder‘ gebrandmarkt und verurteilt. Das galt [...] nicht nur für die Widerstandskämpfer, sondern auch für jene Personen, deren Exklusion vor aller Augen erfolgte – wie die Juden und die Sinti und Roma sowie die Frauen, die mit ausländischen Männern Beziehungen führten und sich des angeblichen Verbrechens der ‚Rassenschande‘ schuldig machten. Die ‚Volksgemeinschaft‘ stellte das politische und soziokulturelle Umfeld dar, in dem sich Einzelne oder eine Gruppe punktuell oder grundsätzlich dem propagierten ‚Gemeinschaftswillen‘ entzogen und sich widersetzten.“



Fasse die Aussagen der beiden Textauszüge zusammen und beurteile das Verhalten der Deutschen im NS-Staat.

Halte deine Meinung schriftlich fest und tausche dich anschließend mit deinen Mitschülern/-innen aus.

Hartmut Mehringer über das andere Deutschland

„Trotz beeindruckender Einzelzahlen [...] repräsentieren Widerstand und Exil, gemessen an der Gesamtbevölkerung, die Geschichte einer winzigen Minderheit, und es gehört zu den Paradoxien der [...] historiographischen Beschäftigung mit dem NS-Regime, dass wir über diese Minderheit und ihre Angehörigen weit mehr wissen als über die deutsche Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus insgesamt. [...]

Die soziale Marginalität des Widerstands wird auch durch Einschätzungen der Verfolgerseite bestätigt: Die Gestapo schätzte in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre den Anteil der „Gegner“ innerhalb der deutschen Bevölkerung auf 0,2 Prozent – bei einer Bevölkerungszahl von rund 70 Millionen also etwa 140 000.

Quelle: Hartmut Mehringer (2001): „Das andere Deutschland. Widerstand und Emigration“ in: Die tödliche Utopie. Bilder, Texte, Dokumente, Daten zum Dritten Reich, hrsg. von Horst Möller u. a., 3. Aufl., München/Berlin, S. 289-290.

Dies bedeutet keine Herabwürdigung der deutschen Opposition gegen Hitler. Mut, moralische Substanz und Überzeugungstreue [...] werden nicht durch die Vergeblichkeit ihres Handelns beeinträchtigt. Wer [...] opponierte, wusste auch, dass er sein Leben aufs Spiel setzte. Die deutsche Opposition gegen Hitler stellt einen auf vielfältige Weise mit der NS-Gesellschaft verwobenen Mikrokosmos dar, dessen Geschichte einen integralen Bestandteil der deutschen Geschichte während des Nationalsozialismus bildet. Seine weltanschauliche Vielfalt und gesellschaftliche Breite legen Zeugnis ab von der Prägekraft der durchaus unterschiedlichen soziokulturellen Milieus, denen seine Angehörigen entstammten.“

Harald Welzer über die Deutschen und ihr „Drittes Reich“

„Man übersieht bei der Betrachtung des nationalsozialistischen Systems häufig, dass dieses zwar ein Unrechts- und Willkürsystem gewesen ist, dass die Willkür und das Unrecht aber fast ausschließlich die Nicht-Zugehörigen traf, während die Mitglieder der Volksgemeinschaft nach wie vor in weiten Bereichen sowohl Rechtssicherheit als auch staatliche Fürsorge genossen. [...]

Das verbreitete Gefühl, nicht bedroht zu sein und keinerlei Repression zu unterliegen, beruhte auf einem starken Gefühl der Zugehörigkeit, deren Spiegelbild die täglich demonstrierte Nicht-Zugehörigkeit von anderen Gruppen, insbesondere von Juden, war. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 setzte eine ungeheuer beschleunigte Praxis der Ausgrenzung der Juden ein, und zwar ohne relevanten Widerstand der Mehrheitsbevölkerung [...].

Quelle: Harald Welzer (2007): „Die Deutschen und ihr „Drittes Reich““ in: APuZ 14-15/2007, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 21-28.

Online unter www.bpb.de/apuz/30543/die-deutschen-und-ihr-drittes-reich

Auch hier fallen Wissen und soziale Praxis in eins, und es wird ein Handlungszusammenhang sichtbar, in dem das veränderte Normengefüge nicht von oben nach unten durchgesetzt wird, sondern in dem auf praktische und sich verschärfende Weise das Verhältnis zwischen den Menschen entsolidarisiert wird und eine neue soziale ‚Normalität‘ etabliert wird. In dieser Normalität mag es zwar ein Durchschnittsvolksgenosse noch 1941 für undenkbar halten, dass Juden umstandslos getötet werden, aber nichts Bemerkenswertes darin sehen, dass Ortsschilder verkünden, der entsprechende Ort sei ‚judenfrei‘, dass Parkbänke nicht von Juden benutzt werden dürfen und auch nicht mehr darin, dass die jüdischen Bürger entrechtet und beraubt werden.“

Widerständiges Handeln heute?

AB5



- ▶ Untersuche, in welchem Bezug die dargestellten Situationen jeweils zum Begriff „Widerstand“ stehen.
- ▶ Beurteile, in welchen Situationen der Begriff zu Recht oder zu Unrecht gebraucht wird, und tausche dich anschließend mit deinen Mitschülern/-innen aus.

Karikatur von Gerhard Mester

Transparent bei einer Demonstration der islamkritischen Pegida-Bewegung im Januar 2016 in Leipzig



Friedliche und gewalttätige Proteste gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg

AB6 Mindmap Widerstand



- ▶ Erstelle mit Hilfe der folgenden Kategorien eine Mindmap zum Thema Widerstand.
- ▶ Ergänze die Mindmap mit eigenen Begriffen um weitere Kategorien.
- ▶ Ordne die Aktionen aus den Beispielen der Seiten 10 bis 41 den jeweiligen Kategorien zu und begründe dein Vorgehen.

Nonkonformität
(Nichtangepasstheit)

Widerspruch

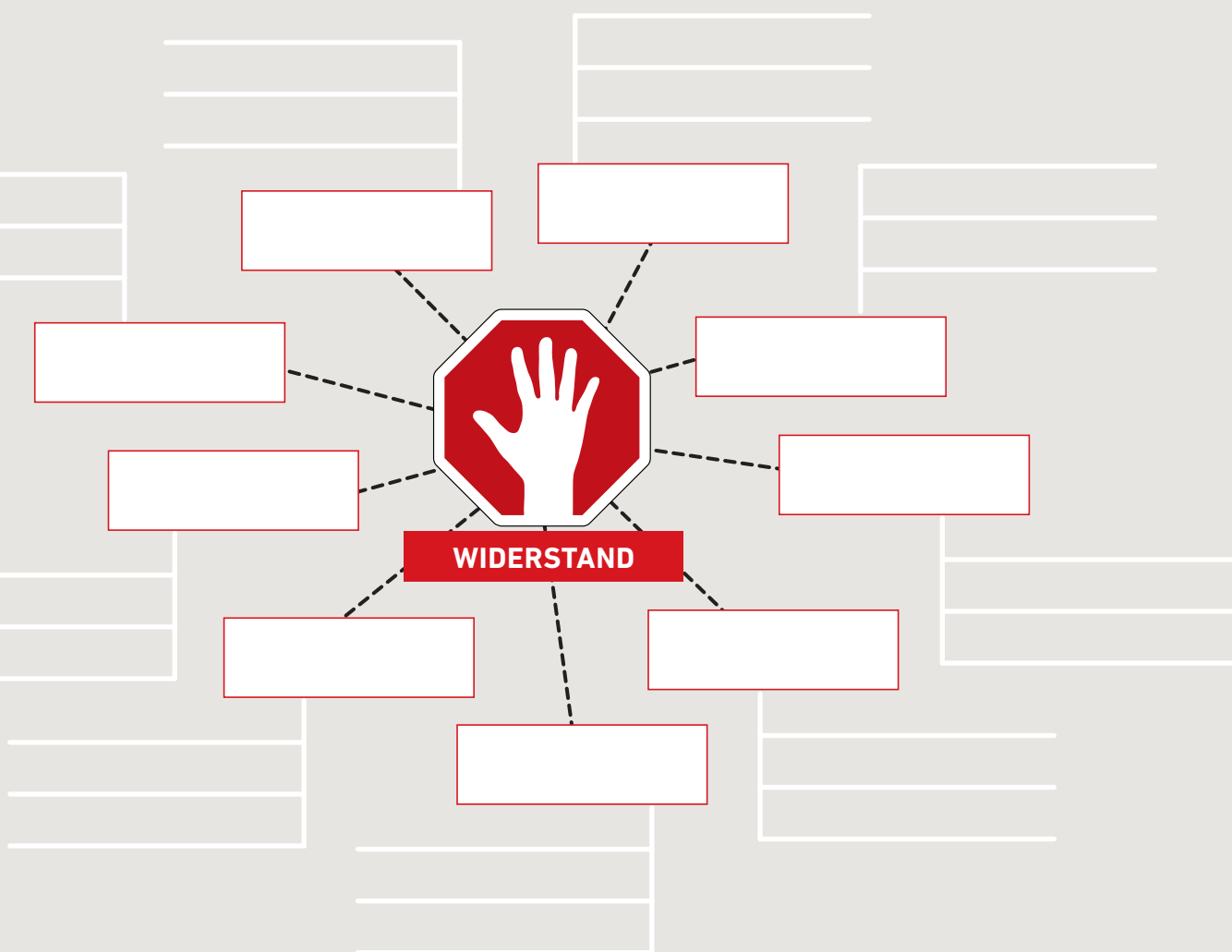
Verweigerung

Selbstbehauptung

Resistenz

Dissens

Widerstands-
fähigkeit



Unter Verwendung einer Grafik von: ratkom - fotolia.com

AB6 Arbeitsanregungen

- ▶ Tauscht euch in der Klasse über eure Mindmaps aus und begründet, welche weiteren Kategorien ihr für sinnvoll erachtet.
- ▶ Besprecht, wie ihr die 16 Beispiele zugeordnet habt, und diskutiert die Fälle, bei denen ihr zu unterschiedlichen Einschätzungen gekommen seid.

Ihre Ansprechpartner/-innen bei der LpB

Leitung

Direktor

Lothar Frick 0711/164099-60

Büro des Direktors

Sabina Wilhelm 0711/164099-62

Stellvertretender Direktor

Karl-Ulrich Templ 0711/164099-40

Stabsstellen

Kommunikation und Marketing

Leiter: Heiko Buczinski 0711/164099-63

Daniel Henrich 0711/164099-64

Klaudia Saupe 0711/164099-49

„Demokratie stärken!“

Leiter: Felix Steinbrenner 0711/164099-81

Extremismusprävention

Felix Steinbrenner 0711/164099-81

„Läuft bei Dir!“

Stefanie Beck 0711/164099-740

Stefanie Hofer 0711/164099-741

Matthias Kathan 0711/164099-742

Team meX

Daniel Can 0711/164099-82

Assistenz: Yagmur Koreli 0711/164099-86

Projekt Erstwählerkampagne

Thomas Franke 0711/164099-83

Vatan Ukaj 0711/164099-717

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter

Kai-Uwe Hecht 0711/164099-10

Querschnittsaufgaben

Philipp Eger 0711/164099-725

Organisation / Innerer Dienst

Tamara Mürter 0711/164099-11

Haushalt

Gudrun Gebauer 0711/164099-12

Personal

Sabrina Gogel 0711/164099-13

Information und Kommunikation

Wolfgang Herterich 0711/164099-14

Siegfried Kloske 07125/152-137

Tagungszentrum Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Telefon: 07125/152-0, Fax -100

www.hausaufderalb.de

Leitung:

Nina Deiß/Julia Telegin 07125/152-109

Abteilung Haus auf der Alb

Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik/ Schriften zur politischen Landeskunde

Prof. Dr. Reinhold Weber 07125/152-146

Schule und Bildung/ Integration und Migration

Robert Feil 07125/152-139

Monika Selmecı 07125/152-140

Europa und Internationales

Thomas Schinkel 07125/152-147

Tengiz Dalalishvili 07125/152-126

Servicestelle Friedensbildung

Claudia Möller 07125/152-135

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit

Sibylle Thelen 0711/164099-30

Andreas Schulz 0711/164099-726

Politische Landeskunde

Dr. Iris Häuser 0711/164099-20

Schülerwettbewerb des Landtags

Monika Greiner 0711/164099-25

Stefanie Thiele 0711/164099-26

Frauen und Politik

Beate Dörr 0711/164099-29

Sabine Keitel 0711/164099-32

Jugend und Politik

Angelika Barth 0711/164099-22

Christiane Franz 0711/164099-23

Johannes Ulbrich 0711/164099-702

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Steffen Vogel 0711/164099-35

Max Kemmner 0711/164099-36

Lea Oldenburg 0711/164099-34

Stefan Paller 0711/164099-37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Digitale Medien

Karl-Ulrich Templ 0711/164099-40

Politik & Unterricht

Robby Geyer 0711/164099-42

Deutschland & Europa

Jürgen Kalb 0711/164099-43

Bürger & Staat/Didaktische Reihe

Prof. Siegfried Frech 0711/164099-44

Unterrichtsmedien

Michael Lebisch 0711/164099-47

E-Learning

Sabine Keitel 0711/164099-32

Social Media

Bianca Braun 0711/164099-53

Kata Kottra 0711/164099-52

Assistenz: Larissa Berner 0711/164099-51

Digitale Medien

Rebecca Beiter 0711/164099-48

Daniel Henrich 0711/164099-64

Wolfgang Herterich 0711/164099-14

Jeanette Reusch-Mlynárik 07125/152-136

Klaudia Saupe 0711/164099-49

Außenstellen / Regionale Arbeit /

Politische Tage für Schüler/-innen

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0, Fax -99

Leiter:

Prof. Dr. Michael Wehner 0761/20773-77

Viviana Klarmann 0761/20773-33

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22, 69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0, Fax -22

Leiterin: Regina Bossert 06221/6078-14

Stefan Artmann 06221/6078-13

Mareike Wangemann 06221/6078-16

Fachbereich Politische Tage / Regierungsbezirk Tübingen

Anja Meitner (Bad Urach) 07125/152-134

Fachbereich Politische Tage / Regierungsbezirk Stuttgart

Thomas Franke 0711/164099-83

LpB-Shops/ Publikations- ausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20

70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo – Do 9.00 – 12.00 Uhr

13.00 – 15.30 Uhr

Fr 9.00 – 12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1

72574 Bad Urach

Telefon: 0 71 25/1 52-0

Öffnungszeiten:

Mo – Fr 8.00 – 12.00 Uhr

13.00 – 16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55

79098 Freiburg

Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9.00 – 17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22

69117 Heidelberg

Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di 10.00 – 17.00 Uhr

Mi 13.00 – 17.00 Uhr

Do 10.00 – 17.00 Uhr

Newsletter »Einblick«

anfordern unter

www.lpb-bw.de/newsletter

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20

70173 Stuttgart

Telefon: 07 11/16 40 99-0

Fax: 07 11/16 40 99-77

lpb@lpb-bw.de

www.lpb-bw.de



zusammenhalten
zusammen gestalten

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale www.lpb-bw.de/shop bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite: www.politikunterricht.de